

50 Jahre Soziale Mark(t)wirtschaft:

Eine Erfolgsstory vor dem Ende?

Die Währungsreform vor 50 Jahren und die zeitgleiche Einführung der Sozialen Marktwirtschaft erwiesen sich als ein Glücksfall für die Bundesrepublik. Die viel gerühmte Stabilität der bundesdeutschen Demokratie und ihre Einwurzelung in den Gefühlshaushalt der Bürger wären ohne das sprichwörtliche „Wirtschaftswunder“ mit der D-Mark als zunehmend weltweit anerkannter Währung so schnell nicht Wirklichkeit geworden. Die Tagung zum 50. Geburtstag von D-Mark und Sozialer Marktwirtschaft in der Tutzinger Akademie war aber auch Forum für kritische Fragen nach Fehlentwicklungen, Reformnotwendigkeiten und Entwicklungspotentialen unserer Wirtschaftsordnung.

Siehe Seite 3

- Parteien
- Kandidaten
- Stimmungen

Deutschland vor der Wahl - das war der Schwerpunkt der beiden letzten Akademiegespräche im Landtag vor den Wahlen im Herbst. Prof. Dr. Elisabeth Noelle-Neumann sprach über Medien im Wahlkampf und der Mann-



Dr. Dieter Roth

heimer Wahlforscher Dr. Dieter Roth (ZDF-Politbarometer) analysierte Stimmungen und Einschätzungen neuester Umfragen.

Siehe Seite 10

Zukunft der Bürgergesellschaft

Die Entwicklung einer „neuen Bürgergesellschaft“, einer neuen „Kultur der Selbständigkeit“ mit einem neu formulierten Gesellschaftsvertrag und einer spezifischen „Verantwortungskultur“ wird in der öffentlichen Diskussion zunehmend als einziger Ausweg aus der Überlastung des Sozialstaats gesehen. Dabei handelt es sich nicht allein um einen Notnagel, der sicherstellen soll, daß unser Wohlstand in Zukunft nicht allzu sehr sinkt. Statt Vollstreckung der Solidarität durch den Sozialstaat kann die Wiederentdeckung des Individuums dazu beitragen, daß Gemeinsinn entsteht, der sich am Einzelnen und an seinen Möglichkeiten orientiert. Unsere Akademietagung wollte genau dieses Moment des Konzepts der Bürgergesellschaft stärker ins Bewußtsein rücken. Wissenschaftler und Praktiker der neuen sozialen Arbeit in den Kommunen trafen sich zum Erfahrungsaustausch.

Siehe Seite 16

Wilhelm Ebert 75



Wilhelm Ebert

Wilhelm Ebert, Urgestein bayerischer Bildungspolitik und Gründungskurator unserer Akademie, konnte kürzlich seinen 75. Geburtstag feiern. In einer kleinen Feierstunde würdigte sein jahrelanger Antipode in der bayerischen Bildungslandschaft, der ehemalige Kultusminister und heutige Vorsitzende des Kuratoriums, Prof. Dr. Hans Maier, die Verdienste und die Person des heute längstgedienten Kurators.

Siehe Seite 19

Europäischer Tetralog

Publizisten und Wissenschaftler aus Deutschland und Frankreich trafen sich auf Einladung der Akademie im Rahmen der Europäischen Wochen in Passau zum ersten Tetralog, um die Geschichte und die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen zu debattieren.

Siehe Seite 12

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<i>50 Jahre Soziale Mark(t)wirtschaft:</i>	
Eine Erfolgsstory vor dem Ende?	3
Optimistische Aussichten	
Interview mit Dr. Heiner Flassbeck	8
<i>Akademiegespräche im Landtag:</i>	
Parteien, Kandidaten und Wähler	
Im Medienwahlkampf	10
<i>1. Passauer Tetralog:</i>	
Perspektiven einer jungen Freundschaft	
alter Nachbarn	12
Gehelmdienste und die Bedeutung der	
Spionage im Ersten Weltkrieg	14
Politisches Lernen mit dem PC und online	15
Auf der Suche nach dem Bürger von morgen	16
Für eine neue Bürgerkultur	17
Lehrer erproben Zukunftswerkstatt	18
Frauen in Naturwissenschaft und Technik	18
Ausnahmeerscheinung unter den Pädagogen	
Bayerns - Akademie würdigt ihren Gründungskurator	
Wilhelm Ebert	19
 <i>Publikationen</i>	 22
<i>Themen - Tagungen - Termine</i>	23
<i>Förderkreis der Akademie</i>	28
<i>Namen und Nachrichten</i>	29
<i>Zeitungs - Echo - Medienstimmen - Pressesplitter</i>	30
<i>Anmeldeformular</i>	36

Direktor der Akademie:

Prof. Dr. Heinrich **Oberreuter**

Vorsitzender des Kuratoriums:

Prof. Dr. Hans **Maler**

Vorsitzender des Beirats:

Siegfried **Kett**

Kollegium:

Dr. Horst **Denzler**, Dozent

Grundsatzfragen von Staat und Politik,
Internat. Politik

Gebhard **Diemer**, M.A., Dozent

Internat. Politik, Pol. Ideengeschichte

Klaus **Grosch**

Internat. Politik, Landeskunde, Sozial-
politik und -arbeit, Erwachsenenbildung

Dr. Peter **Hampe**, Dozent

Wirtschafts- und Sozialpolitik,
Politische Bildung

Dr. Uwe **Kranenpohl**

Pers. Referent des Direktors
Parlamentarismus- und Parteien-
forschung

Jürgen **Maruhn**, Dipl. Volkswirt

Parteilendemokratie, Extremismus,
Sicherheitspolitik

Dr. Michael **Plazolo**, Dozent

Europapolitik, Staats- und Verfas-
sungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent

Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Jürgen **Weber**, Dozent

Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz **Willenborg**

Gesellschaft und Umwelt, Sozial-
politik und -arbeit

Organisationsreferat:

Elke **Lelsching**

Dipl.-Betriebswirtin (VWA)

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für politische Bildung
Buchensee 1 82323 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14

Redaktion:

Prof. Dr.Dr.hc. Heinrich Oberreuter
(verantw.)

Dr. Michael Schröder
(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: Karin Sittkus

Druck:

Offsetdruck Schwarz GmbH
Rohrauerstraße 70 81477 München

Der Akademie-Report wird kostenlos
abgegeben

Eine Erfolgsstory vor dem Ende?

Rückblicke und Zukunftsperspektiven angesichts aktueller Herausforderungen

Die Währungsreform vor 50 Jahren und die zeitgleiche Einführung der Sozialen Marktwirtschaft waren Anlaß einer Akademietagung, in deren Zentrum sowohl Rückblicke als auch Zukunftsperspektiven standen. Die vor 50 Jahren begonnene Entwicklung hat sich ja für die Bundesrepublik als Glücksfall erwiesen. Die viel gerühmte Stabilität der bundesdeutschen Demokratie und ihre Einwurzelung in den Gefühlshaushalt der Bürger wären ohne das sprichwörtliche Wirtschaftswunder mit der D-Mark als zunehmend weltweit anerkannter Währung so schnell nicht Wirklichkeit geworden. Doch war der Rückblick auf jene entscheidenden Weichenstellungen auch Grund, kritisch nach Fehlentwicklungen, Reformnotwendigkeiten und Entwicklungspotentialen unserer Wirtschaftsordnung zu fragen. Angesichts der vielfältigen aktuellen Herausforderungen (wie Massenarbeitslosigkeit, Zukunft der sozialen Sicherungssysteme und Globalisierung) erwiesen sich die Fragen nach der Zukunftsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft keineswegs nur von wissenschaftlichem Interesse. Sie treffen zeitlich zusammen mit der Einführung des EURO, die in der deutschen Öffentlichkeit nach wie vor mit erheblicher Skepsis erwartet wird.

Wir dokumentieren im folgenden Auszüge der von Phoenix übertragenen Abschlußdiskussion unter dem Thema „Was kommt nach der D-Mark?“ Unter Leitung des Ex-„Welt“-Chefredakteurs Dr. Peter Gillies diskutierten Prof. Dr. Wilhelm Hankel, Staatssekretär a.D., Prof. Dr. Otto Schlecht und Dr. Manfred Weber.

Danach folgt ein Fernsehinterview mit dem Referenten Dr. Heiner Flassbeck vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin. Alle Referate der Tagung werden demnächst als Buch erscheinen. Die Tagungsleitung hatten die Akademiedozenten Dr. Jürgen Weber und Dr. Peter Hampe. Lesen Sie bitte zu diesem Thema auch die Presseschau in diesem Heft ab Seite 30:

Was kommt nach der D-Mark?

Gillies: Herr Schlecht, Abschiedstränen über die Deutsche Mark?

Schlecht: Das ist schon gestattet. Die D-Mark war das Symbol für die Bundesrepublikaner - und ein paar Tränen weine ich ihr auch nach, aber Anfang Mai haben die europäischen Staats- und Regierungschefs das Hinscheiden der D-Mark zum 1.1.99 beschlossen. Sie sind sich sicher, und ich schließe mich dem an, daß die D-Mark unter dem Namen EURO wieder auferstehen wird. Der EURO wird allerdings nur ein Erfolg werden, wenn er begleitet wird von energischen marktwirtschaftlichen Reformen und einer Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und in Europa, so wie der Erfolg der Währungsreform von 1948 undenkbar gewesen wäre ohne die marktwirtschaftlichen Reformen. Das „Leitsatzgesetz“ war notwendig, um der Währungsreform zum Durchbruch zu verhelfen.

Gillies: Herr Hankel, hat die Deutsche Mark das Staatswesen der Bundesrepublik gestiftet?

Hankel: Chronologisch betrachtet könnte man das so sehen: Die D-Mark ist älter als das deutsche Staatswesen. Sie ging der Staatsgründung voraus.



Wilhelm Hankel: „Politisierung des Euro“ Fotos: Schölderle

Der Unterschied zur Geburt von EURO-Land, in dessen Fall zwar wieder eine Währung vorausgeht, liegt darin, daß die Staatsgründung damals schon geplant war und auch folgte. Im Falle des EURO aber ist nicht geplant, was danach folgen soll. Das wird uns vor eine in der Geschichte einmalige Situation stellen: Eine Währung für elf Staaten. Elf Staaten aber werden elf verschiedene Politiken betreiben und elf verschiedene Budgets haben. Daraus ergibt sich ein inneres Spannungsverhältnis. Ob eine lose Vereinbarung - genannt Stabilitätspakt - der Ersatz für eine Staatsgründung oder ein zentrales Budget sein kann, muß sich erst noch erweisen. Eine Geldpolitik, die nicht automatisch flankiert wird von einer dazugehörigen Finanz- und Strukturpolitik, ist inneren Pressionen ausgesetzt. Das befürchte nicht nur ich, sondern das befürchtet der überwiegende Teil der Ökonomen in diesem Land.

Gillies: Herr Weber, Sie befürchten das nicht, Sie gehören zu den „jubeln-

den Befürwortern“ der europäischen Währungsunion, so wie die Banken im allgemeinen und die großen Banken im besonderen. Widerlegen Sie doch Herrn Hankel!

Weber: Mit dem Widerlegen ist das so eine Sache. Herr Hankel verkündet

hängigkeit der Notenbank und ihr Auftrag, die Währung zu sichern, entscheidend ist. Das haben wir in Europa erreicht. Wir sind sogar im Bereich der Finanzpolitik mit dem Stabilitäts-pakt und einigen anderen Dingen weitergekommen als das vorher überhaupt

mente. Die Flucht in eine neue Währung ist aber das Allerschlechteste, das man als Ersatz anbieten kann.

Schlecht: Die Bürger wollen doch zunächst einmal wissen, ob der EURO stabil wird. Und dafür gibt es die allerbesten Voraussetzungen. Ich habe am Beginn der Maastricht-Verhandlungen, die ich ja noch teilweise mitgeführt habe, zu Theo Waigel und Karl Otto Pöhl gesagt, wenn wir unsere Essentials im Statut der Europäischen Zentralbank durchsetzen, dann ist in Europa eine ordnungs- und stabilitäts-politische Revolution passiert. Wir erhalten jetzt eine Europäische Zentralbank, die unabhängig von politischen Weisungen den klaren gesetzlichen Auftrag zur Sicherung der Währung hat. Sie soll die Wirtschaftspolitik unterstützen, ohne das eigentliche Ziel dabei zu verletzen - so wie das auch im Bundesbankgesetz geregelt ist. Die Anfangsbedingungen sind so optimal wie noch nie. Die Bedeutung der Fiskalkriterien sind in Deutschland völlig überbewertet worden.



Manfred Weber vom Bundesverband deutscher Banken (links): „Der EURO wird uns helfen, die seit langem überfälligen Reformen endlich anzupacken, damit das Land wieder an Wettbewerbsfähigkeit gewinnt“. Rechts: Moderator Peter Gillies

ja oft Gewissheiten über die Zukunft, aber seit Mark Twain wissen wir, daß die Zukunft nun einmal mit Unsicherheiten behaftet ist. Von daher sind Prognosen über die Zukunft etwas schwierig. Das „jubelnder“ würde ich im übrigen gerne streichen. „Befürworter“ reicht mir völlig, und zwar aus kühler, rationaler Abwägung heraus. Wo kommen wir her? Wie sind die Umstände? Wo wollen wir hin? Und hier bin ich in der Tat der Meinung, daß der EURO sehr viel Sinn macht. Was Herr Hankel anspricht, ist das Thema der Verknüpfung mit einer politischen Union. Ich denke, daß Europa in geraumer Zeit noch nicht so weit sein wird, daß man von den *Vereinigten Staaten von Europa* sprechen könnte.

Hausaufgaben erledigen

Ich meine aber, daß eine politische Union in diesem Sinn nicht die Voraussetzung für eine gut funktionierende Währungsunion ist. Wenn Sie mir nicht glauben, Herr Hankel, vielleicht glauben Sie zwei ehemaligen Bundesbankpräsidenten. Herr Pöhl und Herr Schlesinger haben beide davon gesprochen, daß für die Stabilität der Währung einzig und allein die Unab-

vorstellbar war. Und was mir noch wichtig ist: Wir sollten vom EURO nicht erwarten, daß er unsere Probleme in Deutschland automatisch löst. Der EURO wird vielmehr noch deutlicher machen, daß es in diesem Land eine Menge an Hausaufgaben zu erledigen gibt: Die Konsolidierung des Staatshaushalts, die Senkung der Abgabenbelastung oder die Reform der sozialen Sicherungssysteme, von denen jeder weiß, daß sie so auf Dauer nicht finanzierbar sind. Der EURO wird uns helfen, die seit langem überfälligen Reformen endlich anzupacken, damit das Land wieder an Wettbewerbsfähigkeit gewinnt.

Hankel: Den EURO als „Politiker-Erziehungsmittel“ halte ich für eine grausame Vorstellung. Eine Währung ist nicht dazu da, irgendwelche Leute zu disziplinieren.

Gillies: Aber es gibt doch durchaus ökonomische Maßnahmen, die disziplinierend wirken können. Die Italiener wären heute sicher nicht reif für den EURO oder auch nicht so kreativ in ihrer Buchführung geworden.

Hankel: Das macht mich nicht vernünftiger. Wenn es Politikern nicht gelingt, ihr eigenes Volk von der Notwendigkeit von Reformen zu überzeugen, dann haben sie schlechte Argu-

Entwicklung der Stabilitätskultur

Die anderen Kriterien, Stabilität der Wechselkurse, niedrige und ausgeglichene Zinsstruktur, stimmen alle. Der Maastricht-Vertrag hat bemerkenswert dazu beigetragen, daß sich bei den Teilnehmern an EURO-Land eine enorme Stabilitätskultur entwickelt hat. Ich habe vor einem Jahr noch gesagt, daß ich es mir kaum vorstellen kann, daß gleich von Anfang an die Italiener dabei sein könnten. Doch ich habe dazugelernt. Bei den Italienern kann man zwar immer noch die eine oder andere Sorge haben, aber sie haben sich in den letzten Jahren, was die Stabilitätskultur betrifft, enorm angestrengt. Deshalb kann man es jetzt auch verantworten, daß sie von Anfang an dabei sind. Kurzum: Die Voraussetzungen sind optimal.

Hankel: Ich möchte zwei Bemerkungen zur Politisierung des EURO machen, und daran erinnern, daß es ein fundamentaler Unterschied ist, ob eine Deutsche Bundesbank unabhängig ist oder ob eine Europäische Zentralbank formell unabhängig ist. Wenn jemand die Deutsche Bundesbank in der Vergangenheit angegriffen hat, konnte

sich die Bundesbank auf einen breiten Konsens in der Bevölkerung stützen und diesen Angriff abwehren. Das war im Falle Adenauer so, und das war im Falle Waigel so.

Gillies: Eigentlich haben sich alle Bundeskanzler in Frankfurt eine „blutige Nase“ geholt.

Hankel: So ist es. Ich bezweifle, daß eine Europäische Zentralbank sich dieses Rückhalts in Europa sicher sein kann, wenn von den elf Zentralbankgouverneuren oder den Mitgliedern im Ministerrat sieben oder acht Vertreter aus Weichwährungsländern kommen, die ganz andere stabilitätspolitische Vorstellungen haben als etwa der deutsche Vertreter oder der holländische Präsident. Wenn diese die Zentralbank umfunktionieren, dann wird es vielleicht einen Sturm der Entrüstung in Deutschland geben, nicht aber in Spanien, Italien oder Frankreich. Insofern ist es völlig verwegen, wenn ich hier immer wieder höre, die Unabhängigkeit des Gremiums garantiert die Stabilität des EURO. Es ist auch historisch falsch. Wir haben unzählige Beispiele dafür, daß unabhängige Notenbanken Inflationspolitik betrieben haben, und wir haben ebenso viele Beispiele dafür, daß abhängige Notenbanken keine Inflationspolitik gemacht haben. Die Aussage offenbart eine völlig technokratische Vorstellung.

Stabilität ohne Mehrheit ?

Gillies: Es gibt aber doch eine Tendenz in die Richtung: mehr Unabhängigkeit gleich mehr Stabilität.

Hankel: Niemand hat etwas gegen die Unabhängigkeit. Sie ist eine notwendige Bedingung für eine stabile Währung, aber sie ist keine hinreichende. Die zweite Bemerkung: Die politische Einmischung ist in einem Vielvölker-system viel naheliegender als in einem nationalen Staatssystem.

Schlecht: ... Dort müssen sich doch erst einmal 15 Staaten einigen.

Hankel: Wir haben dort aber ein Mehrheitsprinzip. Wir haben elf Zentralbankgouverneure aus den verschiedenen Ländern und wir haben sechs Innen-Direktoren, also 17 Mitglieder in diesem Gremium. Wir können heute schon abzählen, daß die reine Lehre der Stabilität höchstens von drei bis vier Mitgliedern vertreten wird. Das

bedeutet, daß die Repräsentanten einer anderen Währungsphilosophie im Falle von Konflikten möglicherweise die Mehrheit bilden. Daraus kann man nicht die Schlussfolgerungen ziehen, die die Herren Schlecht und Weber aus der formellen Unabhängigkeit der Zentralbank ableiten.

Weber: Aber dann sehen wir doch erst mal, wer in diesem Gremium sitzt. Das sind allesamt ausgewiesene Stabilitätspolitiker, die in ihren Ländern sehr erfolgreich gearbeitet haben und die es beim besten Willen nicht nötig haben, von deutscher Seite Nachhilfeunterricht in Sachen Stabilität zu bekommen. Das einzige, was an Ihrer Aussage richtig bleibt, ist die Feststellung, daß noch nicht in jedem Land in der Bevölkerung verankert ist, daß eine unabhängige Notenbank und deren Stabilitätspolitik etwas uneingeschränkt Positives ist. Aber auch das hat sich in den letzten Jahren geändert.

Schlecht: Eine andere Frage, die wir diskutieren müssen - und bei der ich sehr nahe bei Herrn Hankel bin - lautet: Wie muß die Geldpolitik flankiert werden? Was kommt auf die Tarifpartner zu? Wir müssen die Frage nach der Koordinierung der Wirtschaftspolitik, der Beschäftigungspolitik und der Finanzpolitik stellen. Hier gibt es Risiken und Konflikte.

Gillies: Wir Deutsche reden immer nur über Risiken. Haben wir verlernt Risiken zu akzeptieren, um die Chancen wahrzunehmen, Herr Schlecht?

Schlecht: Wir sind uns völlig einig darüber, daß die Sache Risiken hat. Es wird noch immense Konflikte geben, die auszutragen sind. Der EURO ist keine Schönwetterveranstaltung. Insofern ist auch die „Persil-Werbung“, die von manchen Banken und Verbänden gemacht wird, oberflächlich. Nur, unser Thema lautet: „Was kommt nach der D-Mark?“. Da nützt es nichts, die



Staatssekretär a.D. Otto Schlecht (links): „Die Währungsunion wird ein Treibsatz sein für die Fortentwicklung der europäischen Integration“. Rechts: Tagungsleiter Peter Hampe

Die Unterstützung der Bevölkerung wird zudem mit wachsender Erfahrung kommen. Deshalb kann man jetzt nicht einfach so tun, als ob die Mitglieder in den EZB-Rat einziehen, um dort eine lasche Geldpolitik zu betreiben. Und da ist für mich das Urteil der Finanzmärkte ganz entscheidend. Das ist nicht das Urteil von mir oder von Herrn Hankel, sondern das ist das Urteil von vielen, vielen Marktteilnehmern, hinter denen Geld steht. Diese Menschen überlegen sich sehr wohl, welche Einschätzung sie über die Zukunft haben. Die Märkte gehen jedenfalls ganz eindeutig von einem stabilen EURO aus.

verlorenen Schlachten nochmals zu schlagen und ständig neue Patentrezepte zu erfinden, wie man es hätte besser machen können. Man muß jetzt sehen, wie man es am besten hinkriegt. Es gibt keine Differenzen darüber, daß es Risiken gibt. Wir sind dazu da, die Risiken zu minimieren. Es gibt keinen Fortschritt, ohne daß man etwas wagt. Herr Hankel meint ja immer, der EURO wird ein Sprengsatz für die europäische Integration sein. Ich sage aber, die Währungsunion wird ein Treibsatz sein für die Fortentwicklung der europäischen Integration, auch um die Anstrengungen zu inneren Reformen voranzutreiben. Ich habe volles

Verständnis für diejenigen, die sagen, eine ordentliche Währung braucht einen richtigen Staat oder eine politische Union - unter der jedoch jeder etwas anderes versteht. Ich denke aber, das ist nicht so. Wir haben schon sehr viel mehr „Staat“ in Europa als die meisten wissen. Ich habe für die Bundesregierung von 1985 bis 1991 ca. 200 Richtlinien und Verordnungen zur Vollendung des Binnenmarkts verhandelt. Zusammen mit den Wettbewerbs- und den Beihilfenvorschriften ist das ganze inzwischen eine Art Wirtschaftsverfassung für den großen europäischen Binnenmarkt. Wir brauchen für eine gemeinsame Währung keine gemeinsame Sicherheitspolitik oder eine gemeinsame Armee, sondern eine sinnvolle Wirtschaftsverfassung. Da die Finanzpolitik und die Lohnpolitik noch weitgehend national-autonom bleiben, brauchen wir eine vernünftige Flankierung des unpolitischen Geldes durch die Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik, nicht aber im Sinne einer völligen Harmonisierung.

anderen Gründen, da bin ich sehr dafür. Es ist aber ein Unterschied, ob man sich über eine straffe Koordinierung solcher Politiken im Sinne von gemeinsamen Zielsetzungen verständigt oder ob wir einen gemeinsamen Staat, etwa mit einer gemeinsamen Armee brauchen.

Notwendiger Strukturausgleich

Hankel: Ich finde, die ganze Diskussion offenbart die Irrationalität der europäischen Politik. Wir geben uns eine gemeinsame Währung, wollen aber keinen zentralen Staat - aus Gründen, die ich durchaus verstehe. Nur, wenn wir wirklich keinen zentralen Staat wollen, dann haben wir keine Flankierung der Geldpolitik durch die Finanzpolitik, keine Flankierung durch die Strukturpolitik und keine Flankierung durch die Sozialpolitik. Genau dort liegt das Problem. Wir werden ein Gegeneinander der Politiken bekommen und damit entweder die Schwächung des EURO aus poli-

Hankel: Richtig, nur haben wir diesen Umverteilungsmechanismus strukturell innerhalb nationaler Grenzen geregelt. Das ist auch ganz vernünftig, denn es ist ein Ausdruck nationaler Demokratie. Nichts ist so national wie unsere Demokratie, und nichts ist so national wie unsere Solidarkassen. Ich befürchte, die Währungsunion funktioniert nicht ohne Strukturausgleich in Europa. Der Strukturausgleich aber ist an die Solidargefühle der Bevölkerung gebunden und die Vorstellung, für Südtaliener oder Portugiesen Sozialbeiträge zu zahlen, wird nicht nur in Deutschland nicht gut ankommen. Unser europäisches Solidargefühl ist nicht so weit entwickelt. Das ist einer der großen Unterschiede zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Dort haben wir, bei erheblichen Strukturunterschieden zwischen Alaska und Louisiana - die allerdings nicht halb so groß sind, wie die zwischen Lappland und Algarve -, dennoch ein hochentwickeltes automatisches Ausgleichssystem. Steuerzuwächse in Massachusetts führen zu Zahlungen nach Alaska oder an einen anderen armen Staat. Das Kontrastbeispiel ist das benachbarte Kanada und ich fürchte, das wird das Beispiel für Europa werden. In Kanada gibt es zwischen den einzelnen Staaten überhaupt keine Transferunion. Das Ergebnis sind erhebliche Zinsunterschiede und erhebliche soziale Spannungen. Gemeinsam ist diesen beiden Modellen wiederum die hohe Flexibilität am Arbeitsmarkt. Diese Flexibilität ist zwar technisch sehr schön, menschlich und sozial aber erheblich belastend.

Gillies: Herr Hankel, Sie sollten vielleicht einmal den Gefahrenmechanismus der Transferunion beschreiben. Wie kommt sie zustande? Wie wirkt sie?

Hankel: Wenn wir den technisch harten EURO bekommen - Szenario I -, dann bekommen wir über die Hochzinsen auch unterschiedliche soziale Belastungen in den Mitgliedsländern. In den armen Regionen wird es mehr Arbeitslose geben, und sie werden den Stabilitätspakt, der ja ein Einfrieren der Budgets vorsieht, nicht einhalten. Sie werden also wieder kräftig zu den alten Defiziten übergehen. Im Gegensatz zu dem von Herrn Waigel konzi-

Die Referenten der Tagung:

Prof. Dr. Christoph BUCHHEIM, Universität Mannheim
 Dr. Heiner FLASSBECK, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
 Dr. Peter GILLIES, Die Welt, Bonn
 Prof. Dr. Heinz GROSSEKETTLER, Universität Münster
 Prof. Dr. Wilhelm HANKEL, Universität Frankfurt
 Prof. Dr. Volker HENTSCHEL, Universität Mainz
 Prof. Dr. Rudolf HICKEL, Universität Bremen
 Prof. Dr. Otto Schlecht, Staatssekretär a.D., Ludwig-Erhard-Stiftung, Bonn
 Dr. Manfred WEBER, Bundesverband der deutschen Banken, Köln
 Prof. Dr. C. Chretian von WEIZSÄCKER, Universität Köln

Tagungsleitung: Dr. Peter HAMPE
 Dr. Jürgen WEBER

Gillies: Verstehe ich Sie richtig. Sie wollen die politische Union auf eine wirtschaftspolitische Union verkürzen? Wenn von politischer Union die Rede ist, meinen wir aber auch immer Justiz-, Steuer-, und Sicherheitspolitik. Glauben Sie, daß der EURO auch funktioniert, wenn wir eine zerstrittene Außen- oder Außenwirtschaftspolitik haben?

Schlecht: Nein, ich sage nur, wir brauchen sie nicht für einen funktionsfähigen EURO. Wir brauchen sie aus

tischen Gründen oder den Sprung in die Transferunion, von der uns heute jeder vorlügt, daß es sie nicht geben wird. Sie wird es natürlich geben, weil ohne Transferunion, ohne Absicherung der Geldpolitik durch eine zentralisierte Finanzpolitik, überhaupt kein stabiles Geld zu erreichen ist.

Gillies: Stichwort Transferunion. Ist denn Europa nicht schon immer ein Umverteilungsmechanismus von Reich nach Arm gewesen?

pierten Gedanken gibt es keinen automatischen Sanktionsmechanismus, sondern er muß über Abstimmungen hergestellt werden. Deswegen wird er nur funktionieren, wenn es *einen* Fiskalständer gibt. Sind es aber mehrere oder die Mehrheit der Mitgliedstaaten, dann wird der Pakt ausgehebelt. Wir bekommen über das Aushebeln des Stabilitätspakts dann wohl Szenario II, nämlich den weichen EURO. Der weiche EURO wird wiederum berechtigten Unwillen in den Hartwährungsländern hervorrufen. So können wir uns also aussuchen, welchen Streit wir wollen, den Streit über die Zahlungen zum Transfermechanismus oder den Streit über die Inflationsschäden. Hier fürchte ich, kommen wir letztlich zum Bruch des gesamten Unternehmens, und das wäre die Katastrophe.

Gefahren der Transfer-Union

Gillies: Und nun Herr Schlecht, schildern Sie uns ein anderes Szenario.

Schlecht: Ich glaube, bei dem Begriff „Transferunion“ muß man zwei Dinge unterscheiden. Für mich gehört zu einer politischen Union - auch wenn es noch nicht die *Vereinigten Staaten von Europa* sind - finanzielle Solidarität zwischen den schwächeren Mitgliedstaaten und den wohlhabenderen. Es ist für mich keine Frage, daß im weiteren Verlauf der europäischen Integration, schon im Hinblick auf die Osterweiterung, die vorhandenen Strukturfonds wachsen werden. Auch wenn das augenblicklich nicht die offizielle deutsche Finanzpolitik ist.

Der zweite Punkt: Ich will keine zusätzlichen Transfers, um nationale Fehler, die nach Einführung des EURO gemacht werden, zu heilen. Die Regierungen müssen schon alleine die Bedingungen für die Funktionsfähigkeit des EURO erfüllen.

Hankel: Aber das ist doch ein Widerspruch, Herr Schlecht. Auf der einen Seite sagen Sie, mehr Ausgleichs- und Strukturfonds und auf der anderen keine Transferunion.

Schlecht: Nein. Ich habe doch gerade versucht, dies sauber auseinanderzuhalten. Eine Aufgabe ist die Solidarität zwischen Arm und Reich. Aber ich wende mich mit Ihnen dagegen, Feh-

ler nationaler Regierungen, die durch eine falsche Finanz- oder Lohnpolitik gemacht werden, zu korrigieren. Hier gibt es aber eine hervorragende Sperre. Der Ministerrat muß sich mit qualifizierter Mehrheit dafür aussprechen, zusätzliche Transfers zu billigen, um Fehler einzelner Regierungen zu heilen, und das wird gar nicht so leicht sein. Ob der Sanktionsmechanismus des Stabilitätspaktes funktioniert, hat mit der Transferunion zunächst einmal nichts zu tun. Es war eine Illusion, wie

der Politik schlecht bekommen?

Hankel: Der Wissenschaft ist es sicher gut bekommen, daß sie sozusagen die einzige Opposition in Deutschland war. Der Wissenschaft hat man immer abgenommen, daß sie nicht aus partei- oder interessenpolitischen Erwägungen protestierte, sondern aus rein wissenschaftlichen Gründen.

Schlecht: Aber doch nicht *die* Wissenschaft!

Hankel: Herr Hampe wollte wissen, weshalb die Wissenschaft so gespal-



Euro-Kritiker Hankel (rechts): „Der Gang nach Karlsruhe war nicht vergeblich“. Links: Tagungsleiter Jürgen Weber

Herr Waigel zunächst zu glauben, man könne einen Automatismus einbauen und sozusagen per Computer entscheiden, wer eine Strafe zu zahlen hat, falls bestimmte Kriterien, also das 3-Prozent-Kriterium, überschritten werden. Solange Finanzpolitik im wesentlichen noch in nationaler Hoheit bleibt, ist das auch ein völlig undemokratisches Verständnis. Der Hauptpunkt des Stabilitätspakts liegt in zwei Dingen. Zum einen werden Länder, die nachhaltig gegen solide Finanzpolitik verstoßen, frühzeitig an den Pranger gestellt. Das ist eine viel wichtigere Vorsorgemaßnahme als die Drohung mit einer Sanktion. Zum anderen müssen Mitgliedstaaten für ihre Kreditaufnahme an die Kapitalmärkte gehen, weil es ausdrücklich verboten ist, öffentliche Defizite monetär zu finanzieren. Dort werden sie aber sehr schnell höhere Zinsen zahlen müssen. Das dürfte sie davon abhalten, unsolide zu werden.

Gillies: Hat die Politik die Wissenschaft in der Frage des EURO überfahren? Ist das der Wissenschaft oder

ten und uneinig ist und ob die in Karlsruhe gescheiterte Klage irgend etwas gebracht hat. Dazu kann ich nur sagen, Wissenschaft *muß* kontrovers sein. Zu unserem Scheitern vor dem Bundesverfassungsgericht ist zu sagen, daß wir immer wußten oder zumindest mit der Möglichkeit gerechnet haben, daß wir dort nicht durchkommen werden. Wir wollten aber mit unserer Klage die Öffentlichkeit mobilisieren, und das ist uns voll gelungen. Genau das, was die Politik nicht geleistet hat, nämlich die bessere Aufklärung der Öffentlichkeit, das hat die Wissenschaft, zumindest die protestierende Wissenschaft erbracht. Deshalb war der Weg nach Karlsruhe nicht vergeblich. Mit diesem Projekt sollte ja bezweckt werden, die Diskussion zu provozieren. Daß die Richter unsere Klage nicht angenommen haben, steht auf einem anderen Blatt. Die Richter haben sich mit dem inhaltlichen Aspekt der Klage nicht auseinandergesetzt wollen, sondern klar gesagt, das sei eine politische Frage, und über Po-

litik kann nicht juristisch geurteilt werden. Die Politik aber hätte besser daran getan, uns nicht zu beschimpfen. Ich halte es für einen politisch miserablen Stil, von einem Bundesfinanzminister in der Bundestagsdebatte zu hören, das Abschmettern der Klage beweise, wie wenig Substanz die Klage gehabt habe. Das beweist mir nur, daß dieser Minister die Klage nicht gelesen hat. Denn es war immerhin auf 350 Seiten der Versuch, sämtliche wissenschaftliche Argumente gegen den EURO einmal zusammenzustellen.

Weber: Ich möchte zum Schluß noch einen wichtigen Punkt ansprechen. Es gab in der Diskussion immer wieder das einfache Argument, wir würfeln viele Währungen zusammen, weiche Währungen mit der harten D-Mark oder dem harten niederländischen Gulden. Also könne es hinterher nur einen Mischmasch geben. Wenn Sie sich nun aber einmal die Zinsentwicklung ansehen, bemerken Sie etwas ganz Interessantes. Die Zinsen in allen Ländern konvertieren auf die niedrigsten Zinsen zu. Anfangs hatte man immer befürchtet, wir werden eine Art mittleres Zinsniveau bekommen. So ist es aber nicht, denn es ist eine völlig falsche Betrachtung zu glauben, der EURO sei etwa ein arithmetisches Mittel der verschiedenen Währungen. Der EURO ist ein Neuanfang. Er hat im Prinzip mit den alten Währungen nichts mehr zu tun. Seine Stabilität hängt einzig und allein von der künftigen Politik der Europäischen Zentralbank ab. ■

Optimistische Aussichten

Der Ereigniskanal *Phoenix*, der Teile der EURO-Diskussion übertrug, führte am Rande unserer Tagung auch ein Gespräch mit Dr. Heiner Flassbeck, dem Leiter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin. Wir dokumentieren das Interview in leicht gekürzter und redigierter Fassung.

Phoenix: Herr Flassbeck, Ihr Thema auf der Tutzingener Tagung der Akademie für politische Bildung lautet „50 Jahre deutsche Sozialpartnerschaft“. Ist unsere Sozialpartnerschaft angesichts der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Umbrüche ein Auslaufmodell?

Flassbeck: Nein, sie ist sicher kein Auslaufmodell. Man muß sehen, daß sich die deutsche Sozialpartnerschaft in vielerlei Hinsicht bewährt hat. Wir haben augenblicklich mit dem Übergang zum EURO eine Situation, in der sich viele Länder mit vermeintlich marktwirtschaftlicheren Systemen am Arbeitsmarkt, an Deutschland anpassen - und vor allem auch an das Lohnregime in Deutschland anpassen. Es ist schon erstaunlich, wenn eine Partnerschaft in einer Marktwirtschaft so gut funktioniert, daß andere sich daran orientieren. Wir haben die Stabilität in Deutschland ja nicht nur über die Bundesbank erreicht, sondern auch dadurch, daß wir vernünftige Lohnabschlüsse hatten und die Lohnstückkosten in Deutschland nicht so stark gestiegen sind wie in anderen Ländern.

Lohnerhöhungen an der Produktivität orientieren

Phoenix: Nun gibt es in Deutschland dennoch seit geraumer Zeit eine anhaltende Krise. Die Arbeitslosigkeit ist so hoch wie nie.

Flassbeck: Wir haben in Deutschland, vor allem seit 1992, viele Fehler gemacht. Auf dem Arbeitsmarkt hatten wir bis 1992 im internationalen Vergleich eine wesentlich bessere Situation. Ab 1992 sind wir aber nicht richtig aus der Rezession gekommen. Jetzt gibt es immerhin eine Chance. Wir haben einen europäischen Aufschwung, dem wir in Deutschland zwar noch etwas hinterherhinken, aber

im Prinzip geht es aufwärts. Auf dem Arbeitsmarkt ist eine konjunkturelle Wende zu erkennen. Insofern kann man zum ersten Mal seit vielen Jahren, gerade auch für Europa, relativ optimistisch sein.

Phoenix: Die Wende zeigt sich aber nur bedingt. Für den Osten wird ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit prognostiziert und nur im Westen ist der Aufschwung zu spüren.



Dr. Heiner Flassbeck: „Vom Aufholprozeß in Ostdeutschland kann im Moment keine Rede sein“.

Flassbeck: Nun, wir haben im Westen einen Export-Aufschwung, der dort besonders stark durchschlägt, weil die Industrie in Westdeutschland ganz einfach größer ist. Nach dem Bau-Boom in Ostdeutschland in den vergangenen Jahren stellen wir jetzt eine gewisse Normalisierung fest, weil Überkapazitäten vorhanden sind. Das wird noch eine Weile dauern, erst dann können wir hoffen, daß der Osten zum Westen aufschließt und nicht noch weiter zurückfällt. Aber von einem Aufholprozeß kann im Moment nicht die Rede sein.

Phoenix: Sie haben sich insbesondere mit der Entwicklung der Löhne befaßt. Was glauben Sie, muß die zukünftige Lohnpolitik leisten?

Flassbeck: Ich glaube, wir müssen aufhören, massiv Druck auf die Sozialpartner auszuüben, um die Löhne nach unten zu bringen. Wir sind bei der Entwicklung der Lohnstückkosten augenblicklich in einer viel besseren Situation als unsere Partner, mit denen wir in die europäische Währungsunion gehen. Das war in der Vergangenheit kein Problem, weil die D-Mark-Aufwertungen das ausgeglichen haben. Nun aber könnte es zum Problem werden, weil der Wechselkurs wegfällt. Wir müssen uns also gut überlegen, ob wir diese Politik fortführen wollen. Die anderen werden entweder gezwungen, sich lohnpolitisch anzupassen, was dann sogar zu einer deflationistischen Situation in Europa führen könnte oder aber wir zwingen sie in eine Situation, in der sie Transfers fordern werden, weil sie an den Märkten nicht mehr mithalten können - ähnlich wie das in Ostdeutschland der Fall ist. Wir brauchen eine ausgewogenere Entwicklung. Deshalb plädiere ich für produktivitätsorientierte Lohnsteigerungen, also eine Lohnpolitik, die sich am mittelfristigen Trend der Produktivität ausrichtet. Das bedeutet in der Tat in den nächsten Jahren etwas höhere Lohnabschlüsse. Auch wird dann die Binnennachfrage, die immer noch sehr schwach ist, anspringen.

Phoenix: Nun sehen Sie aus Forschersicht vieles sicher anders als die Politik. Glauben Sie, daß die Politik, gerade in den schwierigen Wahlkampfzeiten, genügend tut?

Flassbeck: Ich glaube die Politik wird bis zum Herbst überhaupt nichts mehr tun. Danach wird man weitersehen. Man muß aber auch berücksichtigen, daß die Möglichkeiten der nationalen Politik durch den EURO-Raum noch mehr eingeschränkt sind, als sie es ohnehin schon waren. Die Finanzpolitik hat sich durch den Maastricht-Vertrag und den Stabilitätspakt weitgehend eingemauert, und die Geldpolitik wird europä-

isch gemacht. Große Handlungsfelder für die nationale Politik gibt es eigentlich nicht mehr. Das wichtigste wird sein, ein vernünftiges Klima für die wirtschaftliche Entwicklung und die Sozialpartner in den nächsten Jahren zu schaffen.

Phoenix: Wird der EURO als neue Währung einiges auffangen können?

Flassbeck: Der EURO alleine sicher nicht. Es ist zu hoffen, daß die Europäische Zentralbank eine für ganz Europa vernünftige Politik macht. Dann könnten wir eine sinnvolle Rollenverteilung bekommen, ähnlich wie es sie in den USA gibt, wo die Zentralbank nicht nur auf Preisniveaustabilität achtet, was selbstverständlich ist, sondern auch auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Beschäftigung schaut und erst dann einen restriktiven Kurs einschlägt, wenn nahezu Vollbeschäftigung erreicht ist. Wir haben dazu in Europa einen langen Weg vor uns. Wir brauchen sehr viel Geduld und sehr viel Überredungskunst. Wir brauchen aber auch

„ Es ist zu hoffen, daß die Europäische Zentralbank eine für ganz Europa vernünftige Politik macht. Dann könnten wir eine sinnvolle Rollenverteilung bekommen, ähnlich wie es sie in den USA gibt, wo die Zentralbank nicht nur auf Preisniveaustabilität achtet, was selbstverständlich ist, sondern auch auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Beschäftigung schaut und erst dann einen restriktiven Kurs einschlägt, wenn nahezu Vollbeschäftigung erreicht ist. Wir haben dazu in Europa einen langen Weg vor uns. Wir brauchen sehr viel Geduld und sehr viel Überredungskunst. Wir brauchen aber auch einen Aufschwung in Europa in der Größenordnung von 10 Jahren à 3 Prozent Wachstum - und das ist ein Kunststück, das in der Vergangenheit nur sehr selten gelungen ist.“

einen Aufschwung in Europa in der Größenordnung von 10 Jahren à 3 Prozent Wachstum - und das ist ein Kunststück, das in der Vergangenheit nur sehr selten gelungen ist.

Phoenix: An diesem Wochenende werden auch die führenden Politiker auf dem G8-Gipfel in Birmingham zusammenkommen und über die weltweite wirtschaftliche Entwicklung beraten.

Keine hektischen Bremsmanöver

Flassbeck: Nun, die Asien-Krise ist meines Erachtens noch nicht ausgestanden. Es gibt noch gewaltige Probleme, die jederzeit zu Eruptionen führen können und die auch auf die Börsen, die ohnehin in vielerlei Hinsicht überbewertet sind, durchschlagen könnten. Große Risiken sehe ich auch in Osteuropa, wo häufig vergleichbare Situationen wie in Asien herrschen, etwa hohe Leistungsbilanzdefizite oder überbewertete Währungen. Schocks sind jederzeit noch möglich, aber im Moment ist von der monetären Seite her ein relativ günstiges Umfeld gegeben und ich denke, das wird sich so schnell nicht ändern. Insofern bedarf es jetzt einer Politik der ruhigen Hand und keiner hektischen Bremsmanöver.

Phoenix: Können Sie uns noch eine kurze Prognose für die Position Deutschlands im weltweiten Vergleich geben?

Flassbeck: Im Moment hängt Deutschland im internationalen Vergleich, in erster Linie wegen der schwachen Binnennachfrage, in der Tat bei den Wachstumsraten zurück. In den nächsten Jahren wird Deutschland aber sicherlich aufholen und dann wird sich auch am Arbeitsmarkt die Situation verbessern. Wir können hoffentlich den Aufschwung weltweit in einem Zeitraum fortsetzen, der ausreicht, um nicht nur eine Wende, sondern einen Durchbruch am Arbeitsmarkt zu erzielen.

Phoenix: Ich danke Ihnen, Herr Flassbeck. ■

Akademiegespräche im Landtag :

Parteien, Kandidaten und Wähler im Medienwahlkampf

**Demoskopie und Wahlforschung geben Einblicke
in die politische Stimmung vor den Wahlen**

Die Neugier der politischen Öffentlichkeit auf die möglichen Ergebnisse der Wahlen im September 1998 ist groß. Deshalb ist auch das Interesse des Publikums an Prognosen der Demoskopien und an Stimmungsmessungen der Wahlforscher derzeit so ausgeprägt. Vielleicht war auch dies ein Grund für den starken Andrang bei den beiden letzten Akademiegesprächen im Bayerischen Landtag vor den Herbstwahlen. Sicher lag es aber auch an den Personen: der prominenten Allensbacher Meinungsforscherin Elisabeth Noelle-Neumann und dem Mannheimer Wahlforscher Dieter Roth, bekannt durch das ZDF-Politbarometer und die Analysen an Wahlsonntagen im ZDF.

Am Beispiel der wirtschaftlichen Lage versuchte Noelle-Neumann mit der Kombination von Meinungsforschung und Inhaltsanalyse von Medien über einen längeren Zeitraum nachzuweisen, daß die mediale Darstellung ei-

sie am Fall des sich wandelnden Bewußtseins über die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze in den 50er bis 70er Jahren belegen wollte: „Eine in den Medien immer wieder mehrheitlich geäußerte positive Einstellung zur Anerkennung blieb nicht ohne Folgen

nikatoren gewinne langsam die Oberhand, die „Schweigespirale“ nehme ihren Lauf. Bestimmte Meinungen würden nicht mehr öffentlich geäußert. Sie unterliegen im Wettbewerb um die Gunst des Publikums.

Dieter Roth fragte weniger nach den Wirkungen der Medien, sondern wertete jüngste Daten der Wahlforschung aus, ohne sich auf Prognosen für den September 1998 festzulegen. Ausgangspunkt für die Wahlforschung sei die Frage, wer hat wen wann und warum gewählt. Wenn diese Frage gut beantwortet werde, lasse sie auch Schlüsse für die Zukunft zu. Die wissenschaftliche Wahlforschung verwende nur datengestützte Informationen.



Meinungsforscherin Elisabeth Noelle-Neumann: Medien können politische Einstellungen verändern. Fotos: Schröder

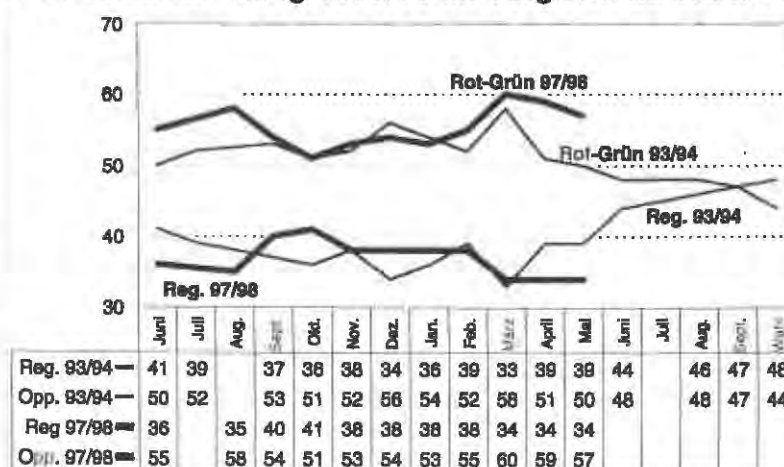
nes Problems bestimmend sei für das politische Bewußtsein und Denken der Öffentlichkeit: „Die Mediendarstellung der wirtschaftlichen Lage ist entscheidend, nicht die Wahrnehmung der Bürger, nicht die objektive Realität der Daten und auch nicht die Politiker-Kompetenz.“ Nach ihrer Auffassung gehöre die „Verstärker-Hypothese“ eines Lazarsfeld ins Museum der Wissenschaftsgeschichte. Medien könnten Einstellungen des Publikums verändern und sie täten dies auch, wie

für das Denken der Menschen.“ Diese meinungsbeeinflussende Wirkung vollziehe sich im übrigen unbewußt. Nach und nach kämen bestimmte politische Positionen in einen ungeheuren „Meinungsklimadruck“, eine ursprüngliche Minderheit der Kommu-

Roth präsentierte die neuesten Daten des Politbarometers aus dem Monat Mai. Danach sei zwar eine Annäherung von Regierung und Opposition in der Wählergunst feststellbar. Aber es gebe immer noch einen weiten Abstand von 23 % zugunsten der Oppo-

Graphik 1

Politische Stimmung 1997/98 im Vergleich zu 1993/94



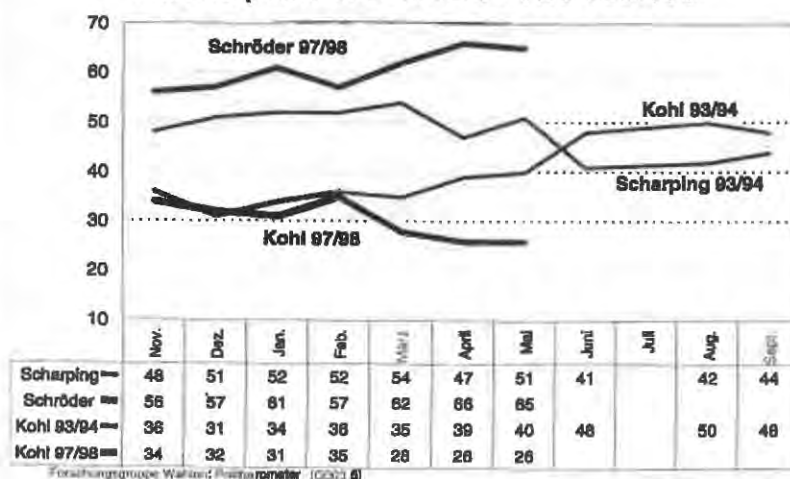
sition (siehe Graphik 1). Nur noch 9% der Befragten wollten an der jetzigen Regierung festhalten. Dagegen stünden 32% für eine Große Koalition, aber nur 23% für ein rot-grünes Regierungsbündnis.

Große Koalition favorisiert

Besonders dramatisch für die Union: nur 28% ihrer Anhänger sprachen sich für die Fortsetzung der konservativ-liberalen Regierung aus, dagegen votierten 54% der CDU/CSU-Sympathisanten für eine rot-schwarze Koalition. Auch bei den SPD-Anhängern steigt die Zahl der Befürworter einer Großen Koalition stetig an auf zuletzt 28%. Im SPD-Lager wird Rot-Grün mit 39% aber noch klar favorisiert.

Graphik 2

Kanzlerpräferenz 1993/94 und 1997/98



„Die Mediendarstellung der wirtschaftlichen Lage ist entscheidend, nicht die Wahrnehmung der Bürger, nicht die objektive Realität der Daten und auch nicht die Politiker-Kompetenz“
Elisabeth Noelle-Neumann

Noch deutlicher ist der Vorsprung der Opposition, wenn es um die Kanzlerpräferenz der Befragten geht: „Schröder liegt im Mai mit 65 % um 39 Punkte vor Kohl. Im April waren es sogar 40 %. Er erreicht damit von uns bisher nie gemessene Werte und ist selbstverständlich auch klarer im Vorsprung als Herausforderer Scharping 1994.“ (siehe Graphik 2).

Wirtschaftskompetenz an die Opposition abgegeben

Bei den Eigenschaften der beiden Spitzenkandidaten führt Kohl nur beim Stichwort „Verantwortungsbewusstsein“ mit rund 10% vor Schröder. Bei allen anderen (Tatkraft, Glaubwürdig-



Dieter Roth:
„Die Union wurde vom Glauben an den Aufschwung abgekoppelt“

keit, Sympathie, Siegertyp, Ehrlichkeit, Kompetenz bei Lösung der Zukunftsprobleme) liegt Schröder zum Teil deutlich vor Kohl. Bei „Siegertyp“ und „Sympathie“ erreicht der Herausforderer sogar Werte über 50%, während der amtierende Kanzler fast immer unter 20% bleibt.

Die sich abzeichnende konjunkturelle Erholung und Entspannung am Arbeitsmarkt werde von den Wählerinnen und Wählern zwar registriert, wird laut Roth aber nicht wahlentscheidend

sein. „Die Union wurde vom Glauben an den Aufschwung abgekoppelt.“ Sie habe ihre wirtschaftspolitische Kompetenz an die Opposition abgegeben. „Der Aufschwung allein hilft der Regierung nicht mehr“, stellte der Wahlforscher fest. Zwar hielten rund drei Viertel der Befragten die Wahl für noch nicht entschieden, aber: „70% wollen den Wechsel!“ ■

Michael Schröder

1. Passauer Tetralog:

Perspektiven einer jungen Freundschaft alter Nachbarn **Deutsche und französische Wissenschaftler diskutieren das deutsch-französische Verhältnis nach der deutschen Einheit und vor der Erweiterung der EU**

Geschichte, Stand und Perspektiven der deutsch-französischen Beziehungen waren das Thema des 1. Passauer Tetralogs, den die Akademie für politische Bildung Tutzing gemeinsam mit den Festspielen Europäische Wochen Passau veranstaltete. Akademiedirektor Oberreuter hatte namhafte Wissenschaftler und Publizisten aus beiden Ländern versammelt: den Pariser Politikwissenschaftler Alfred Grosser, die Straßburger Germanistin und Historikerin Sophie Lorrain sowie den Direktor des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, Horst Möller, und den „USA-Kenner und Frankreich-Liebhaber“, den Publizisten Klaus Harpprecht. (Siehe auch Presseschau S. 32)

Oberreuter eröffnete die Diskussion mit dem Verweis auf de Gaulle, Freundschaft sei keine ausreichende Kategorie für das Verhältnis zweier Staaten - Interessen gehörten dazu, auch Machtinteressen. Sie seien der Stoff der Politik. Er registrierte, daß Gegensätze und wieder mehr national pointierte Positionen zunähmen: „Wir stehen vor einer Verstärkung der nationalen Interessen in Europa“. Die gegenwärtige Nettozahlerdiskussion in der Europäischen Union sei dafür nur ein Beispiel.



Alfred Grosser: „Die deutsch-französischen Beziehungen haben die Veränderung Deutschlands nach 1989 noch gar nicht zur Kenntnis genommen.“

Fotos: Schröder

Dem konnte sich Alfred Grosser („Pate und Wächter der deutsch-französischen Freundschaft“) nicht anschließen. Für ihn sind vielmehr die



Heinrich Oberreuter: „Wir stehen vor einer Verstärkung der nationalen Interessen in Europa.“

ethischen Werte die Basis Europas und des deutsch-französischen Verhältnisses. Das Wort Interessen höre er nicht so gern. Er kritisierte, daß die deutsch-französischen Beziehungen die Veränderung Deutschlands seit 1989 nicht zur Kenntnis nähmen. Aber es werde ja auch in Westdeutschland weitgehend ignoriert, daß die Menschen in den neuen Bundesländern 40 Jahre lang anders gelebt hätten und daß Deutschland anders geworden sei.

Relativierung der Beziehungen

Der Münchner Historiker Horst Möller, der jahrelang das Deutsche Historische Institut in Paris geleitet hatte, konnte ebenfalls mit dem Begriff Interesse nichts anfangen: „Zu vage und inhaltlich nicht präzise.“ Die wirt-

schaftlichen Beziehungen seien wichtig, sie dienten der Freundschaft. Nach 1945 habe es eine einzigartige Verbesserung der Beziehungen zwischen bei-



Horst Möller: „Weder Deutsche noch Franzosen hatten Konzepte für die deutsche Einheit.“

den Ländern gegeben. Mit der Osterweiterung der EU stehe eine neue Stufe und Relativierung bevor - ähnlich wie 1989, als „weder die Deutschen noch die Franzosen“ Konzepte für diese einzigartige historische Situation gehabt hätten.

Die Straßburger Historikerin und Germanistin Sophie Lorrain, die derzeit in den neuen Bundesländern arbeitet, beobachtete dort eine Sondersituation bezogen auf Europa und die deutsch-französischen Beziehungen: „Dort kommt der Dialog zwischen den Gesellschaften nur sehr zögernd in Gang.“ Früchte werde die Aufbauarbeit wohl erst in ein paar Jahren tragen.

Französisch vernachlässigt

Besonderes Augenmerk richtete die Wissenschaftlerin auf das Problem der vernachlässigten Fremdsprache Französisch an deutschen Schulen. Hier sei eine Verbreiterung des Angebots - nicht nur in den neuen Bundesländern - dringend geboten. Denn: „Verständigung geht nur über sich verstehen.“



Sophie Lorrain beklagte die Vernachlässigung des Französischen als Fremdsprache in Deutschland

Grosser pflichtete ihr bei, verwies aber auch auf die deutsch-deutschen Verständigungsprobleme.

Für sie stellte sich die Kernfrage nach der Wiederaufnahme eines Wertedialogs zwischen den Nationen. Nur so könne die Entfremdung zwischen Menschen und Institutionen aufgehoben werden.

Neuer Elan in der Alltäglichkeit

Der „Grenzgänger“ Klaus Harpprecht - früher USA-Korrespondent und außenpolitischer Berater des Bundeskanzlers Willy Brandt - lebt heute als Publizist in Südfrankreich. Er sah gerade in der richtigen und guten Alltäglichkeit der Beziehungen Gefähr-



Klaus Harpprecht: „Wer in Ostdeutschland gegen Europa polemisiert, kann leicht politisches Terrain gewinnen.“

dungen. So dankbar man auch für diese gute Alltäglichkeit sein müsse: „Das ist wie in einer Ehe - wenn es alltäglich wird, wird es schwierig.“ Er lobte das „Mirakel“ der Freundschaft der einstigen „Erzfeinde“, doch: „In der Alltäglichkeit muß ein neuer Elan gefunden werden“. Als besonders schädlich für die europäische Einheit wertete er die anti-europäische Stimmungslage in Ostdeutschland, die auch von Wahlkämpfern genutzt werde: „Politisch ist leicht Terrain zu gewinnen, wenn man gegen Europa polemisiert. Die europäische Wirklichkeit wird im Osten seltsam wenig zur Kenntnis genommen!“ Die innere Europäisierung der Bundesrepublik in den vergangenen Jahrzehnten müsse geduldig auf den Osten übertragen werden.

Hart ins Gericht ging Harpprecht mit den deutschen Intellektuellen, denen er vorwarf, ein europäisches Gespräch sei bei ihnen kaum vorhanden. Er brach eine Lanze für die Politik, die allein die Verständigung voran gebracht habe.

Einigkeit herrschte bei der Forderung nach einer europäischen Verfassung, die von Harpprecht gefordert wurde: „Es ist an der Zeit, klare Spielregeln zu formulieren. Wir müssen diese Diskussion irgendwann aushalten.“ Dabei gab er einer Vertiefung der bestehenden EU der 15 Vorrang vor einer Erweiterung, ohne sich gegen diese auszusprechen. Der Impuls zu dieser Vertiefung und Wertediskussion müsse von Deutschland und Frankreich ausgehen. ■

Michael Schröder

Die deutschen Räuber

Ein französischer Witz aus dem Jahre 1940

Im von deutschen Truppen besetzten Frankreich besteigt ein deutscher Soldat ein Eisenbahnabteil, in dem bereits ein Franzose sitzt, und erhebt die Hand zum Hitler-Gruß. Der Franzose antwortet höflich und ungerührt: „Bonjour“, und schlägt ein Buch von Schiller auf. „Den deutschen Gruß verweigern sie uns“, sagt der Deutsche, „aber unseren deutschen Dichter Schiller lesen sie.“ - „Entschuldigung“, sagt der Franzose, „aber Schiller ist ein europäischer Dichter!“ - „Wieso?“ - „Sehen Sie“, antwortet der Franzose, „für die Engländer hat er geschrieben Maria Stuart, für die Spanier Don Carlos, für die Tschechen Wallenstein und für die Schweizer Wilhelm Tell.“ - „Und für die Deutschen hat er nichts geschrieben?“ - „Doch. Die Räuber“.



v.l.: Peter Jung, Österr. Staatsarchiv/Kriegsarchiv Wien, Albert Petho, Wien



Olav Riste, Universität Oslo

Geheimdienste und die Bedeutung der Spionage im Ersten Weltkrieg

Vom 24. bis 26. April veranstaltete die Akademie zusammen mit dem "Arbeitskreis Geschichte der Nachrichtendienste e.V." eine internationale Konferenz über die Geheimdienstaktivitäten während des ersten Weltkrieges. Zentrale Themen der aktuellen Forschung trugen die aus Norwegen, Kanada, USA, Israel, Österreich, Ungarn, Frankreich, Großbritannien und Deutschland angereisten Wissenschaftler vor. Ein weiterer Diskussionspunkt betraf den Zugang zu den Akten der Nachrichtendienste. Interessantes wußte in diesem Zusammen-

hang der norwegische Historiker Prof. Dr. Olav Riste zu berichten, denn die norwegische Regierung hat die Geheimdienstarchive der Jahre 1945 bis 1970 für die Geschichtswissenschaft geöffnet. Gleiches geschah in Kanada, und auch der CIA machte Teile seiner Akten zugänglich. Die Forschungsarbeiten von Professor Riste zeigen, daß eine wissenschaftliche Aufarbeitung des Materials prinzipiell möglich und auch sinnvoll ist. Die öffentliche Wahrnehmung der Geheimdienste ist nicht selten geprägt von Mythen und Legenden, so daß es gerade auch im Interesse der Geheim-

dienste selbst liegen sollte, so Olav Riste, ein realistischeres Bild ihrer Tätigkeit der Öffentlichkeit zu vermitteln. In der Bundesrepublik hingegen ist, wie in den meisten Staaten Europas, noch kein einziges Dokument einsehbar. Die Arbeit von Professor Riste machte aber auch deutlich, daß es nicht ausschließlich auf die Möglichkeit eines Einblicks ankommt, sondern daß begleitende Unterstützung in den Geheimdienstapparaten unverzichtbar ist. Ohne deren Entgegenkommen bleibt für die forschenden "Outsider" vieles zu technisch und unverständlich. ■

Jürgen Weber



v.l.: Reinhard R. Doerries, Paul Brown, Department of Historical Studies, Edwardsville (USA), Michael van Meulen, Krefeld



v.l.: Tagungsleiter Jürgen Weber, Tutzing, Tagungsleiter Wolfgang Krieger, Universität Marburg, Pierre Jardin, Paris
Fotos: Schölderle

Politisches Lernen mit dem PC und online

Lehrer-Workshop mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Der Wandel der Schule von der Belehrungsanstalt zur Lernwerkstatt - und das ganz wesentlich mit Hilfe des Computers. Das war das Credo des Reformpädagogen Prof. Dr. Peter Struck von der Universität Hamburg. Er hielt das Eröffnungsreferat auf einem Werkstattseminar für schulische und außerschulische politische Bildner aus der ganzen Bundesrepublik, das die Akademie gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung organisiert hatte.

Dieser neue Schultyp sei es, der allein den Wandel von der Industrie- zur Informations-, Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft erfolgreich begleiten könne, so Struck. Kinder würden am besten lernen, wenn sie es selbst tun könnten, wenn sie handeln und auch Fehler machen dürften. Dabei biete der PC große Vorteile: „Der Bildschirm bleibt neutral - das Kind sieht beim Mißerfolg kein böses Lehrer Gesicht“. Zum Glück lernten Kinder laufen und sprechen vor der Einschulung. „Bei unserer falschen Fehlerkultur muß bezweifelt werden, ob sie es in der Schule lernen könnten!“

Ein PC pro Klassenraum sei nicht viel wert, der komplett ausgestattete Fachraum aber auch nicht. Ideal sei es, wenn zwei Schüler vor einem Gerät und einem Problem gemeinsam Lösungen erarbeiten könnten. Nach der Einzel- oder Gruppenarbeit könnten Ergebnisse dann im Plenum optimiert werden. Der Computer zeige große in-



Peter Struck: „Von der Belehrungsanstalt zur Lernwerkstatt“
Foto: Schölderle

tegrative Effekte bei Kindern mit Leistungsunterschieden. Gute Schüler könnten sehr gut mit Schwächeren gemeinsam und besser voneinander lernen. Langeweile und Überforderung

fielen weg, weil Vertiefungs- und Transfergrade von den Schülern selbst bestimmt werden können.

Lehrer als Lernberater

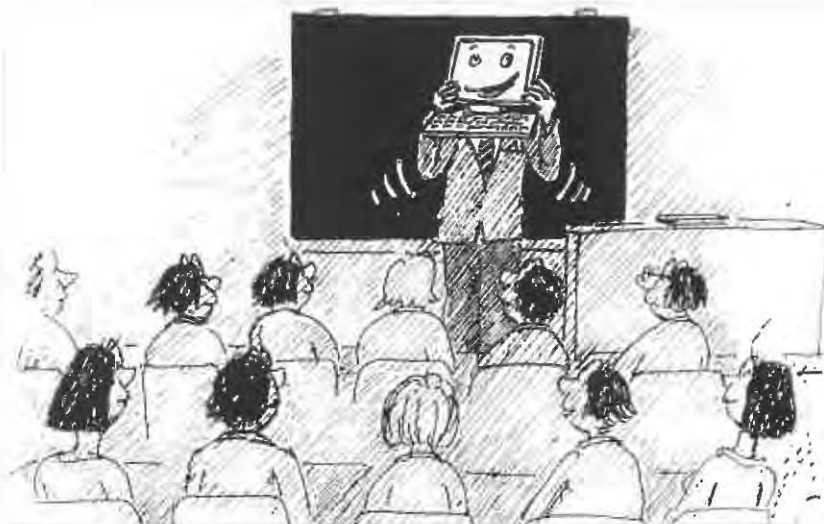
Der gesamte Unterricht dürfe aber nicht über den Computer laufen. Zwar könne der Unterrichtsstoff einer Woche mit Hilfe des PC auf zwei Tage komprimiert werden. Aber mehr als zwei Stunden pro Tag sollten Kinder nicht vor dem Bildschirm verbringen. Die Person des Lehrers bliebe unverzichtbar. Er bekomme aber neue Freiräume und Aufgaben. Er werde in Zukunft eine neue Rolle als Trainer und Lernberater einnehmen. Davon müsse endlich auch die Lehrerbildung Kenntnis nehmen, so der Hamburger Pädagoge. Zwingend erforderlich sei auch die Abschaffung des strikten 45-Minuten-Taktes, der heute immer noch den Unterricht zerstückele.

Diese Forderungen wurden auch von Institutsrektor Wolfgang Bauer vom Institut für Schulpädagogik und Bildungsforschung in München unterstützt. Er sprach sich für dezentrale Lösungen an den Schulen aus. Gleichzeitig motivierte er die Lehrer, vorhandene neue Medien besser als bisher für die Unterrichtsgestaltung zu nutzen und Internet-Angebote pädagogisch aufzubereiten.

Im Mittelpunkt des Programms standen die Bemühungen der Bundeszentrale, die bereits im Internet abrufbaren Lehrermaterialien der Zeitschrift „PZ“ (<http://www.universum.de>) gemeinsam mit den „Kunden“ und Nutzern zu optimieren. Dieter Golombek als Chefredakteur sowie Michael Jäger und Gerrit Hoberg als Autoren der Materialien stellten Modelle vor. In Arbeitsgruppen wurden Anregungen, Wünsche und Kritik vorgetragen, die bei der zukünftigen Gestaltung und Aufbereitung berücksichtigt werden sollen. ■

Michael Schröder

Eine ausführliche Dokumentation der Tagungsergebnisse wird ab September bei der Bundeszentrale für politische Bildung, Referat Medien, Berliner Freiheit 53111 Bonn erhältlich sein.



Lernen mit PC

Zeichnung: Liebermann

Auf der Suche nach dem Bürger von morgen

Akademie debattierte über die Zukunft der Bürgergesellschaft

„Herr Glück ist nicht allein ein nicht ganz einflussloses Mitglied einer im Freistaat Bayern nicht gänzlich einflusslosen Partei, sondern zudem einer der wenigen Politiker, die sich schon seit einiger Zeit mit der Frage beschäftigen, wie gesellschaftliche Gestaltungschancen vom Staat wieder an die Gesellschaft zurückgegeben werden können.“ Mit diesen Worten begrüßte Akademiedirektor Prof. Dr. Heinrich Oberreuter den Vorsitzenden der CSU-Fraktion, der auf der Tagung „Die neue Bürgergesellschaft“ seine Vorstellungen einer stärker an selbstverantwortlichen Bürgern und weniger am obrigkeitlichen Staat orientierten Gemeinschaft vorstellte (wir dokumentieren sie in Auszügen). Neben der Politik - in Person von Glück - widmeten sich aber auch Sozialphilosophen, Staatsrechtslehrer, Sozialwissenschaftler und nicht zuletzt Praktiker dem Thema.

Philosophisch ging Prof. Dr. Bernd Guggenberger (Berlin) das Problem an und wies zunächst darauf hin, daß die Annahme, der Mensch sei ein soziales Wesen, keineswegs impliziere,



Bernd Guggenberger: „Gefährdungen durch Abnahme persönlicher Begegnung“

daß die soziale Komponente in unserem Verhalten keiner Pflege bedürfe. Soziales Verhalten wolle gelernt sein, müsse gleichsam „eingeübt“ und „trainiert“ werden. Große Gefährdungen sieht Guggenberger deshalb in der Abnahme persönlicher Begegnungen, wie sie etwa durch neue Telekommunikationstechnologien möglich werden. Wer oft im Internet surfe und chatte, zeige immer häufiger Symptome einer „Fernstenliebe“, die das Soziale streßfrei mache - bis hin zum Cybersex ohne Schweißgeruch und Aidsgefahr.

Der Staatsrechtler Prof. Dr. Otto Depenheuer (Mannheim) beurteilte die global mobilen Individuen und die Sozialverträglichkeit ihres Handels mit deutlich anderem Akzent. Hochqualifizierte Fachkräfte seien nicht länger darauf angewiesen, in ihrem Staat zu leben, sondern könnten überall auf der Welt arbeiten und wohnen. Der Trend zur Globalisierung werde diese Entwicklung auf weitere Berufsfelder ausdehnen. Etwas provokant fragte Depenheuer, ob nicht schon heute Spitzensportler und Künstler ihre „Bürgerpflicht“ allein dadurch erfüllten, daß sie mitunter noch in Deutschland ihre Steuern zahlten und nicht in Steuerparadiese auswichen: „Der global agierende Bürger wird seiner Verantwortung für seinen Heimatstaat gerade deshalb gerecht, weil er auch woanders hingehen könnte.“

Was Bürger leisten können, wenn sie nicht allein im Lande bleiben und Steuern zahlen, sondern auch bereit sind, sich darüber hinaus für die Gemeinschaft zu engagieren, verdeutlichte Michael Jacobi, Geschäftsführer der Stadt-Stiftung Gütersloh. Nach anderthalbjährigem Bestehen hat die Stiftung bereits eine ganze Reihe von Projekten - zunächst vor allem im Bereich der Kriminalitätsprävention bei Ju-

gendlichen (z.B. Basketball bei Nacht) - initiieren können. Die Stiftung orientiert sich an den amerikanischen „community foundations“, die sich durch ihre regionalen bzw. lokalen Bezüge und ihre politische Unabhängigkeit auszeichnen. Jacobi betonte, daß die Stiftung lediglich Aufgaben übernehme, die die Stadt nicht erbringen könne. Zugleich betonte er, daß für eine solche Stiftung, die aus ihren Vermögenserträgen existieren müsse,



Otto Depenheuer (rechts) mit Tagungsleiter Uwe Kranenpohl (links)
Fotos: Diaconu

guter Wille nicht ausreiche: Es sei auch Professionalität in Management und Projektarbeit gefragt. In Gütersloh werden diese Arbeiten ausschließlich ehrenamtlich geleistet.

Besonderes Anliegen der Tagung war es laut Tagungsleiter Oberreuter, den emanzipatorischen Charakter deutlich zu machen, der das Konzept der Bürgergesellschaft prägt. Daß die Politik die Bürgergesellschaft in Zeiten knapper Kassen formuliere, wecke selbstverständlich den Verdacht, das Subsidiaritätsprinzip solle primär eine Einschränkung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen ermöglichen. „Bürgergesellschaft bedeutet aber, Gestaltungsspielräume vom Staat an den einzelnen zurückzugeben. Subsidiarität beinhaltet nicht nur größere Eigenverantwortung für jene, die leistungsfähig sind, sondern vor allem auch das Anrecht auf die Solidarität der anderen, für die Nichtleistungsfähigen.“ ■

Uwe Kranenpohl



Für eine neue Bürgerkultur

von Alois Glück,
Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag

Was sind die Maßstäbe für die Gestaltung des Gemeinwesens in einer zunehmend von Vielfalt und Widersprüchen der Leitvorstellungen, Lebensstile und Verhaltensweisen geprägten Gesellschaft? Wie überwinden wir die Situation, daß im Sozialstaat soviel Geld wie nie zuvor für soziale Absicherung und Ausgleich ausgegeben wird, trotzdem aber auch noch nie so laut über zwischenmenschliche Kälte geklagt wurde und so viele Einsame, psychisch Kranke, verhaltensgestörte Kinder unter uns leben und deren Zahl weiter steigt? Wie überwinden wir die Situation, daß die Distanz zum Staat immer größer wird, und eine zunehmende Zahl von Bürgern den Staat nur noch als Dienstleistungsagentur ansieht, aber nicht mehr als gemeinsame Aufgabe begreift?

Dazu brauchen wir eine gemeinsame Basis, die auch in der Vielfalt der modernen Gesellschaft gemeinsam gelebt werden kann. Es gibt kein Zurück zu den alten Sozialstrukturen, zur früheren Schicksalsgemeinschaft der Großfamilie, zu einem von Autorität und Zwang hierarchisch geprägten und organisierten Leben. Mit den seit her erreichten Veränderungen haben wir viel gewonnen – an persönlicher Freiheit und individueller Gestaltungsmöglichkeit. Wir haben aber auch viel verloren – an Nähe, Gemeinschaft, Orientierung, gegenseitiger Hilfe, Überschaubarkeit und Beheimatung. Die heute notwendigen Reformen be-

treffen zum einen ordnungspolitische und gesellschaftspolitische Weichenstellungen, um die Marktwirtschaft als Motor der Entwicklung sozial zu gestalten, um Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten, um Bildung und Kultur zu fördern, soweit Staat und Politik dazu befähigt sind. Zum anderen aber haben nicht wenige ökonomische und damit verbunden soziale Probleme unseres Landes ihre Ursachen in Einstellungen und Verhaltensweisen der Menschen. Weitere Ursachen sind in unserem staatlichen System - oft

„Die wichtigste Aufgabe der Politik zur Entwicklung und Förderung einer neuen Sozial- und Bürgerkultur ist eine selbstkritische Prüfung der eigenen Verhaltensweisen sowie der bisherigen Strukturen und Mechanismen“

wohlmeinend - eingebaute "Anreize zu individuellem Fehlverhalten", wieder andere Ursachen sind in schwerfälligen und undurchschaubaren Strukturen zu sehen, die auf das Verhalten der Bürgerinnen und Bürger negativ zurückwirken und Verdrossenheit auslösen. Staatliche Ordnungs- und Gesellschaftspolitik kann deshalb nicht getrennt von der Entwicklung der Einstellungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung gesehen werden; beides muß zukunftsfähiger werden!

Miteinander müssen wir auch Formen bürgerschaftlichen Engagements entwickeln. Zur Grundvoraussetzung die-

ser Weiterentwicklung zählt weitgehende Transparenz der Sachverhalte, der Ziele und der Entscheidungsprozesse. Dazu gehört unter anderem auch eine umfassende Kostentransparenz bezüglich der Leistungen der öffentlichen Hand und der Kosten unserer Ansprüche.

Die wichtigste Aufgabe der Politik zur Entwicklung und Förderung einer neuen Sozial- und Bürgerkultur ist eine selbstkritische Prüfung der eigenen Verhaltensweisen sowie der bisherigen Strukturen und Mechanismen. Eine neue Sozial- und Bürgerkultur kann nicht von oben verordnet werden, sie muß von unten her wachsen, in der Vielfalt der Lebensbedingungen und jeweiligen Möglichkeiten. Für eine soziale Erneuerung unseres Staates und unserer Gesellschaft ist es notwendig, daß wir unser Handeln an folgenden sechs Grundprinzipien orientieren:

1. Was der einzelne selbst leisten kann, muß er auch selbst leisten.
2. Die Gemeinschaft muß dort die notwendige Hilfe geben, wo die Kräfte des einzelnen überfordert sind.
3. Wer etwas erhält (zum Beispiel Bildung, Subventionen, Sozialleistungen), muß auch zur Gegenleistung bereit sein.
4. Erziehung zu Urteilsfähigkeit und Engagement statt zu kritischer Distanz und Gleichgültigkeit.
5. Es gibt nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten.
6. Jeder hat Mitverantwortung für unser Gemeinwesen und die gemeinsame Zukunft. ■

Lehrer erproben Zukunftswerkstatt



Die Methode der „Zukunftswerkstatt“ wurde bei einer Fortbildungstagung für bayerische Lehrerinnen und Lehrer an Grund- und Hauptschulen erprobt. Dabei sollte das Spektrum zukünftiger Lebensformen ausgelotet werden. Unser Foto aus dem Seminar zeigt Teilnehmerinnen bei der szenischen Präsentation von Ergebnissen der Gruppenarbeit in der „Phantasiephase“.

Foto: Schölderle

Frauen in Naturwissenschaft und Technik

Auf der Tagung beschäftigten sich Gleichstellungsbeauftragte der Bayerischen Hochschulen mit der aktuellen Lage dieses traditionell schwierigen Verhältnisses. Mit der Staatssekretärin im Kultusministerium, Monika Hohlmeier (links), diskutierten die Teilnehmerinnen über die Bayerische Bildungspolitik unter geschlechterspezifischem Aspekt.

Foto: Diaconu



Karikatur: M. Marcks

Ausnahmeerscheinung unter den Pädagogen Bayerns

Akademie würdigt ihren Gründungskurator: Wilhelm Ebert 75

von Prof. Dr. Hans Maier, Vorsitzender des Kuratoriums

Zuerst war ich ganz überrascht, als Herr Oberreuter mich einlud, Wilhelm Ebert anlässlich seines 75. Geburtstags in der Akademie für politische Bildung zu würdigen. Erschrocken fragte ich mich: Schon wieder ein Mißgriff - und sein Opfer Du? Denn weder gehöre ich zu den langjährigen Wegbegleitern und intimen Kennern Wilhelm Eberts, noch liefen unsere Wege in meiner Zeit als Kultusminister - um es vorsichtig zu sagen - immer parallel. Es gab nicht nur Reibungen, es gab auch heftige Zusammenstöße - und in alten Akten blätternd, stoße ich öfter auf den schönen Ausdruck „Unverhältnis“: so bezeichnete Wilhelm Ebert mehrfach sein Verhältnis zu mir.

Auch ich hatte zu diesem Mann anfangs kein richtiges Verhältnis: War er nicht ein Machtmensch, ein Super-Lobbyist? Theodor Eschenburg hatte uns gelehrt, der „Herrschaft der Verbände“ zu mißtrauen. Politische Macht, die nicht parlamentarisch kontrolliert war, stimmte mich skeptisch. Und da ich nie ein Mann der Hintertreppen und Hintertüren war, kannte ich auch nicht die politischen Dienste, mit denen sich Wilhelm Ebert in aller Stille den politischen Kräften in Bayern nützlich gemacht hatte - den Kräften, die hinter der Viererkoalition standen, ebenso wie der CSU (vor allem deren liberalem Flügel). Mir fiel nur auf, daß er, von einer starken Verbandsmacht getragen, in Bayern eine fast überparteiliche Position besaß. Franz Josef Strauß und Max Streibl - der damalige Generalsekretär der CSU - sprachen mit Anerkennung von ihm, und die Medien, gerade auch die sogenannten „kritischen“, nahmen gegenüber Meldungen aus dem Haus am Bavariaring sogleich Habt-acht-Stellung ein.

Ebert führte den stärksten Lehrerverband in Bayern - ich kam von der Hochschule und hatte keinerlei Macht, ja noch nicht einmal ein Parteibuch in

Händen. Mein einziges Erfahrungskapital waren die vier Jahre im Deutschen Bildungsrat als Vertreter Bayerns und mein hochschulpolitisches Engagement im Bund Freiheit der Wissenschaft. Ich hatte freilich dezidierte schul- und hochschulpolitische Vorstellungen und auch den Willen, sie in die Tat umzusetzen. Das Wesentliche ist rasch aufgezählt. Es galt das gegliederte Schulwesen zu erhalten und den Wettbewerb der Schulen zu fördern. Also keine Einheitsschule, kein Leistungs-Dumping - aber auch besondere Sorge für die schwachen Glieder des Systems, vor allem für die Hauptschulen. Zweitens galt es, die beruflichen Schulen zu stärken und in ihnen eine kräftige Alternative zum neuen „Königsweg“ - Gymnasium-Abitur-Studium - zu schaffen, damit nicht durch Überflutung und Verwässerung der weiterführenden Bildungsgänge eine „Gesamtschule durch die Hintertür“ entstünde. Und endlich war die Lehrerbildung den neuen Erfordernissen anzupassen - was einerseits Abstimmung auf die vom Bildungsrat entworfenen Stufen (Primar- und Sekundarstufe) bedeutete, andererseits mit innerer Notwendigkeit die Integration der Pädagogischen Hochschulen in die



Glückwünsche für einen Ausnahmepädagogen: Akademiedirektor Oberreuter, Kuratoriumsvorsitzender Maier und Jubilar Ebert (v.l.)
Foto: Schröder

Universitäten nach sich zog. Diese Integration hat Bayern auf meine Initiative hin als erstes (und lange Zeit einziges!) unionsregiertes Land der Bundesrepublik vollzogen. Defensiv war die bayerische Kulturpolitik der siebziger Jahre also gewiß nicht; sie war nach vorn gerichtet und nahm die Zeichen der Zeit zur Kenntnis. In vielen Punkten - sicher nicht in allen - hätte der BLLV ein Partner sein können. Aber die gruppenstrategischen Machtspele des Tages deckten oft die längerfristigen gemeinsamen Interessen zu. Vielleicht hätte ein Kultusminister Ebert eine gar nicht viel andere Politik gemacht als der Kultusminister Maier, aber weil sie Maier und nicht Ebert machte, war es eben eine andere Politik.

Heute sehe ich die Auseinandersetzungen jener Jahre gelassener. Es war richtig, daß ich meinen Weg gegangen bin, oft mit anderen, manchmal auch allein - und allzu harmoniestichig soll man nicht einmal in der Familie sein, geschweige denn im öffentlichen Leben und in der Politik. Eine bildungspolitische Große Koalition der Vernunft wäre für jene Jahre sicher förderlich gewesen. Aber dazu muß jeder der Protagonisten der Mei-

Nach Militärdienst als Flieger und Infanterieoffizier Ansiedlung als Heimatvertriebener in Bayern und Heirat mit Gisela Fritsche; 1947-55 Lehrer an Grund- und Hauptschulen; 1948-53 Gründungsmitglied und erster Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Junglehrer; 1949 Studien der Lehrerbildung in den USA; 1950 Erster Pressereferent des BLV; 1950-1955 Leiter des schulpolitischen Ausschusses der von ihm mitbegründeten Arbeits-

schaften an der University of the Pacific, Stockton (Kalifornien); 1967-69 Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände (AGDL) in Frankfurt am Main; 1967-84 erneut Präsident des BLLV; 1969 Initiator zur Gründung des Deutschen Lehrerverbandes (DL) in Bonn; 1969-78 Vizepräsident des DL; 1970-94 Mitglied des Rundfunkrats des Bayerischen Rundfunks (Vorsitzender des Fernsehausschusses von 1973 bis 1990); seit 1972 Mitglied

Lauf- und Lebensbahn

gemeinschaft Bayerischer Lehrer- und Erzieherverbände (ABL); 1951 weitere Studienreise in die USA; 1952 Kommissarischer Leiter der schulpolitischen Hauptstelle des BLV; 1953-55 Leiter der schulpolitischen Hauptstelle; 1953-62 Mitglied des Hauptvorstandes, Hauptausschusses und Geschäftsführenden Ausschusses der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände (AGDL), der Bundesorganisation von GEW und BLLV; 1955-62 Präsident des BLLV. Mitglied des Bayerischen Landesschulbeirats. Mitglied des Rundfunkrates des Bayerischen Rundfunks und dessen Referent für Bildungsprogramme; 1957-58 Vorsitzender des neuerrichteten Hauptpersonalrats beim Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus; 1958-66 Leiter der Delegationen des Weltlehrerverbandes WCOTP (World Confederation of Organizations of the Teaching Profession) bei Tagungen der UNESCO und der Internationalen Arbeitsorganisation ILO in Paris und Genf; 1958-70 seit der Errichtung Direktor des Pariser Büros des Weltlehrerverbandes WCOTP und Ständiger Vertreter der WCOTP bei der UNESCO; 1967 Gastprofessur für Vergleichende Erziehungswissen-

des Vorstandes des Weltlehrerverbandes WCOTP (World Confederation of Organizations of the Teaching Profession); 1974 Initiator zur Gründung des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) in Bonn; 1974-79 Stellvertretender Vorsitzender des VBE; 1975-78 Präsident des Weltlehrerverbandes WCOTP in Morges (bei Genf); 1978 zusammen mit Prof. Hans Schiefele Initiator der Akademie für Bildungsreform und pädagogische Entwicklung; 1979-93 Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE); seit 1984 Ehrenpräsident des BLLV. Ehrendoktor der University of the Pacific, Stockton (Kalifornien) (1969), Bayerischer Verdienstorden (1971), die Akademische Würde eines Fellow of the Educational Institute of Scotland (F.E.I.S.), Edinburgh (1976), das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland (1993), den Wilhelm-Hoegner-Preis der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag (1993), den Erich-Hylla-Preis des Forschungskollegiums des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung Frankfurt am Main (1994). Seit 1996 Ehrenmitglied des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE).

nung abschwören, er sei der einzige Vernünftige. Ich nehme mich da keineswegs aus. Eines bedauere ich im Rückblick: ich wußte damals zu wenig über Wilhelm Ebert - obwohl mir die kluge Elisabeth Roth und auch Otto Meyer (beide kannten ihn gut) schon einige Lichter aufgesteckt hatten. Aber das Bild, das Karl Böck vor wenigen Tagen von der Tätigkeit Eberts seit den fünfziger Jahren gezeichnet hat - dieses farbige und differenzierte Bild hatte ich damals nicht. Die Anfänge sind ja immer wichtig in einem Leben und einem Werk. Ich verstehe heute besser, was den Junglehrer Wilhelm Ebert aus dem Egerland an der bayerischen Schulpolitik (und Kirchenpolitik) der fünfziger Jahre ärgerte und reizte, weshalb er mit Kritik, mit Initiativen, mit verbandspolitischem „Empowerment“ hervortrat. Mir, der ich eine badische Schule besucht hatte (und das ist bekanntlich die älteste christliche Gemeinschaftsschule in Deutschland!), waren konfessionalistische Frontbildungen und -erhärtungen im - durchaus legitimen! - Kampf um die beste Schule immer ein Ärgernis. Den schulpolitischen Kompromiß von 1968 habe ich daher - damals schon Professor in München - von Anfang an begrüßt, und der Anteil Wilhelm Eberts an diesem Ereignis war bekanntermaßen groß. (Umso zorniger werde ich heute, wenn ich in den Leitsätzen des Bundesverfassungsgerichtes zum Kruzifix-Beschluß von 1995 lese: „Die Anbringung eines Kreuzes oder Kruzifixes in den Unterrichtsräumen einer staatlichen Pflichtschule, die keine Bekenntnisschule ist, verstößt gegen Art. 4 Abs. 1 GG.“ Also: wenn alles beim Alten geblieben wäre seinerzeit, wenn die Bekenntnisschule noch die Regel wäre, dann, ja dann dürften nach Meinung der Mehrheit des Zweiten Senats auch noch Kreuze in den Klassenzimmern hängen. Katholische und evangelische Bekenntnisschulen dürfen das nämlich, so die Richter, christliche Schulen aber nicht. Was für ein Widersinn, der christlichen Schule ein Symbol zu verweigern, das sie erkennbar, unterscheidbar macht! Die Rechtsvergessenheit mancher Politiker wird nur noch übertroffen von der Geschichtsvergessenheit hoher Juristen.

Ungeachtet der schulpolitischen Kämpfe in den Jahren 1970-86 war ich objektiv und neutral genug, den self-mademan und Aufsteiger Ebert, den Kämpfer für die Interessen der Lehrer auf bayerischem, nationalem und internationalem Feld mit Anerkennung und oft mit Bewunderung wahrzunehmen. In der Tat, was für eine Laufbahn! (s. Seite 20).

Meisterschaft der Menschenführung

Wilhelm Ebert verdankt seine bemerkenswerten Erfolge in erster Linie - wenn ich es richtig sehe - einem ungebrochenen Selbstbewußtsein, einem nie aussetzenden Kampfgeist, aber auch der Neigung (und Fähigkeit) zu weltmännischer Repräsentation. Formulierungsfreude, Sprachenkenntnis, eine wachsende internationale Erfahrung, Geschmack an der Macht, Freude an der Menschenführung - das alles hat zusammengewirkt, um diesem Mann eine herausragende Stellung in der Bildungspolitik der Nachkriegszeit zu sichern. Er mischte sich gerne und fast allerorten ein - in Verbänden, Parteien, Kirchen, internationalen Organisationen. Er korrespondierte, sprach, verhandelte mit vielen Menschen. Man hätte Goethes Spruch auf ihn anwenden können: „Mir gefällt zu konversieren mit Gescheiten, mit Tyrannen ...“ Er war schließlich, zumal in der bayerischen Szene, fast allgegenwärtig, und wenn er auf einem Bild mit Prominenten ausnahmsweise nicht drauf war, wußte man: Er war der Fotograf ... Es ist zwar übertrieben, wenn man behauptet, daß er schon bei der Bildung der ersten bayerischen Nachkriegskabinette mitgewirkt hat - aber sein Einfluß auf die bayerische Politik, zumal die Kulturpolitik, in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren war doch beträchtlich. Nicht alles, ja vielleicht das wenigste darüber steht in den Akten, vieles lief auf informellen Wegen, über Freundeskreise und persönliche Verbindungen. Selbstinszenierungen sind eine Kunst, und ich bin Ästhet genug, um solche Meisterschaft der Menschenführung („... und führen, wohin du nicht willst!“) - verbunden mit der nötigen Lichtregie für den Hauptdarsteller - neidlos zu würdigen. Respekt also für eine andrago-

gische Ausnahmeerscheinung unter den Pädagogen Bayerns, für einen Köhner, einen Macher, einen Bewirker, dessen Wirken auch im Ehrenamt noch nachwirkt!

Aber der Stoff der Macht zerrinnt, wenn man älter und schließlich alt wird. Was bleibt dann übrig? Von welcher Substanz zehrt man, wenn man auf sich zurückgeworfen ist, wenn man die Puppen nicht mehr tanzen lassen kann? Nun, Wilhelm Ebert hat sein Tun immer auch mit Reflexion begleitet, und wenn in seinen frühen Schriften ganz natürlicherweise die Aktion, das Programm, die schulpolitische Forderung des Tages überwiegt, so schlagen die Schriften seiner späteren Jahre andere, oft neue und nachdenkliche Töne an.

Fortissimo und Pianotöne

Fragen der Bildungsinhalte - und nicht nur der organisatorischen Strukturen - werden diskutiert, und das Spektrum der Zeitprobleme weitet sich von Umwelt, Technologie, Medien, Genforschung bis hin zu historischen, weltanschaulichen, ja religiösen Fragen. Das Zentrum freilich bleibt ein Dreigestirn (um es mit einem Werktitel von 1995 zu sagen): Evolution, Kreativität und Bildung. Lernen bleibt für diesen Pädagogen die instrumentelle Voraussetzung für eine Evolution der Menschheit zum Besseren hin. Den Glauben daran sich nicht gänzlich rauben zu lassen (trotz aller pessimistisch stimmenden Erfahrungen der Gegenwart) - das gehört schließlich zum Credo eines Erziehers. Der Mensch ist zwar „aus krummem Holz“ gemacht, und man sollte der Versuchung widerstehen, ihn durch Erziehung in eine perfekte Kunstfigur zu verwandeln. Doch ganz im Rohzustand sollte man ihn auch nicht lassen - man sollte ihm nach Kräften helfen, jene Form und jenes Maß zu finden, die in ihm angelegt sind. Das gilt zuletzt nicht nur für die Schule, sondern auch für Politik und politische Bildung. Denn fast hätte ich's vergessen: Seit den Anfängen der Akademie für politische Bildung Tutzing ist Wilhelm Ebert an ihrer Arbeit beteiligt: 1956/57 als Mitinitiator bei der Gründung, dann als langjähriges -

heute längstgedientes! - Mitglied des Kuratoriums, als Mitglied des Richtlinienausschusses und (seit März 1998) als dessen Vorsitzender. Die Gespräche im Kuratorium waren immer - weil auf Kammerton gestimmt - eine angenehme Unterbrechung der manchmal etwas volltönenden öffentlichen Veranstaltungen, und es war mir eine willkommene Bereicherung meines Ebert-Bildes, daß dieser Mann nicht nur über das Fortissimo der Stimme und die beschwörenden Handbewegungen romanischer Politiker verfügte, sondern auch über Pianotöne gebot. Ja manchmal (oder meistens) war er sogar bemüht, einen Ton anzustimmen, in den man einstimmen konnte - auch als Gast und Fremdling, der nicht der BLLV-Familie angehörte. Das lobe ich mir - denn wir alle haben ja von Heinrich Oberreuter gelernt, daß Konflikt und Konsens zusammengehören: eine konfliktscheue Demokratie wird zur Kumpanei und zieht die Demagogen an (siehe Österreich) - aber eine konsensarme findet in Krisenzeiten nicht den gemeinsamen Grund für Problemlösungen (siehe Deutschland).

Selbstironie

So gratuliere ich Wilhelm Ebert - auch in meiner Eigenschaft als Kuratoriumsvorsitzender (wenigstens in diesem winzigen Punkt habe ich es zu seinem Vorgesetzten gebracht!). Ich gratuliere ihm herzlich zu seinem 75. Geburtstag. Ich wünsche ihm Gesundheit, weitere wache Aufgeschlossenheit für Zeitprobleme und für die kommenden Jahre viel Gelassenheit. Ich wünsche ihm, was ich ihm schon vor 14 Jahren, bei seiner Verabschiedung als aktiver BLLV-Präsident, wünschte: „daß Sie auf Ihr Werk stolz, aber auch selbstkritisch zurückschauen“. Die Zeit eilt rasch dahin, und ehe wir richtig alt werden, sind wir schon Personen der Zeitgeschichte. Daher ist für ein erfülltes Alter nichts wichtiger als ein wenig Selbstdistanz und Selbstironie. „Johannes, nimm dich nicht so wichtig“ - so hörte der unvergessene Johannes XXIII. die Stimme Gottes zu sich sprechen, als er sich mit schwierigen Kirchenfragen herumschlug. Wer weiß, vielleicht findet Gott eines Tages sogar den Mut, es auch zu Wilhelm Ebert zu sagen! ■



Heinrich Oberreuter (Hg.): *Ungewissheiten der Macht. Parteien, Wähler, Wahlentscheidung*. (Autoren: Heinrich Oberreuter, Hans-Joachim Vern, Karlheinz Niehaus, Dieter Röhl, Andreas M. Wülfel, Klaus Liepelt, Peter Losche). München: Olzog 1998. DM 19,80.

Parteien sind die Spinne im Netz politischer Kommunikation und Macht. Sie wurzeln in der Gesellschaft, beherrschen aber zugleich das politische System. Sie drücken nicht nur Meinungen und Interessen aus, sondern regieren den Staat. Macht wird ihnen durch Wählervotum zugewiesen oder entzogen. Die Wahl von Parteien wird immer stärker von ihrer konkreten Politik, ihren Zukunftskonzepten und von ihren Führungspersönlichkeiten bestimmt. Vertrauen und Zukunfts-

erwartung werden zu den wichtigsten Bestimmungsgründen der Wahlentscheidung. Dieser Band vereinigt Beiträge über die verfassungspolitische Position der Parteien und die Vielfalt ihrer Aufgaben, Parteiorganisation und Parteienfinanzierung, die Zukunft des Parteiensystems, Erklärungsmodelle des Wahlverhaltens, über Demoskopie und Wahlprognosen sowie über Tradition und Gegenwart der Parteienkritik.

Bürgerbegehren und Bürgerentscheid. Situation, Analysen, Erfordernisse. Hrsg.: Akademie für politische Bildung, Tutzing; Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München. 1. Aufl., München: Tutzing 1998. (Kostenlose Abgabe durch die Landeszentrale)

Am 1. November 1995 ist im Freistaat Bayern das „Gesetz der Einführung des kommunalen Bürgerentscheids“ in Kraft getreten. Es ging auf ein Volksbegehren zurück, dessen einschlägiger Gesetzentwurf sich beim Volksentscheid vom 1. Oktober 1995 gegen das vom Bayerischen Landtag - von der Landtagsmehrheit - beschlossene „Gesetz zur Einführung von Bürgerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in Gemeinden und Landkreisen“ durchgesetzt hatte.

Das neue Instrument Bürgerbegehren und Bürgerentscheid ist mittlerweile in Bayern, Stand Ende 1997, in vielen hundert Fällen angewandt und mit sehr unterschiedlichem Ausgang (Quote der Abstimmenden, Befürwortung bzw. Ablehnung von Projekten der kommunalen Vertretungsorgane, kosten-trächtige bzw. kostenmindernde

Voten u.s.w.) praktiziert worden. Seine Wirkungen auf die politische Kultur in den Kommunen wie auf deren Entscheidungsfähigkeit, Berechenbarkeit, Kostenmanagement etc. sind weiter teilweise heftig umstritten.

Es geht hier in dieser Publikation mithin um die Einschätzung und Bewertung eines neuen und zentralen politischen Vehikels bei der Gestaltung des politischen Prozesses in den bayerischen Kommunen und damit zugleich auf einer politischen Ebene, die nach der Bayerischen Verfassung für die politische Ordnung im Lande insgesamt von erstrangiger Bedeutung ist, da „die Selbstverwaltung der Gemeinden (. . .) dem Aufbau der Demokratie in Bayern von unten nach oben“ (dient) (Art. 11 Abs. 4 BV). Angesichts der essentiellen Bedeutung der hier liegenden Fragestellungen führte die Akademie für politische Bildung im Juli 1997 unter dem Titel „Bessere Politik oder



Unregierbarkeit?“ eine Tagung in Würzburg durch, die die einschlägigen wissenschaftlichen und politischen Positionen zum Austrag bringen und zugleich durch konkrete Erfahrungsberichte mit Bürgerentscheiden vor Ort - die Fälle Feldafing, Kitzingen und Bürgstadt - demonstrieren sollte, wie im Falle von Bürgerentscheiden Konflikte geführt, Positionen artikuliert und am Ende Alternativen zum Erfolg geführt werden.

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

September

- | | |
|---------------------|---|
| Nr. 75 | Ferienseminar III: |
| 7. - 11. 9. | Politische Bildung im Schulalltag - Lehren und Lernen unter erschwerten Bedingungen? |
| | Leitung: Piazzolo |
| | Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50 |
| Nr. 77* | Erlebte Landeskunde |
| 10. - 23. 9. | Aus den Bereichen Politik und Gesellschaft |
| | In Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut Oslo |
| | Leitung: Grosch |
| | Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50 |

Rundfunk-Kultur - Kultur-Rundfunk?

- Nr. 81, 18. - 19. September 1998**
Tagungsgebühr: DM 60,-
(ermäßigt DM 30,-)
- Kooperationspartner: Münchner Arbeitskreis Öffentlicher Rundfunk**
Leitung: Dr. Michael Schröder/Prof. Dr. Walter Hömberg
Sekretariat: Heike Bünnerle Tel. 08158/256-46

Rundfunk als Kulturleistung? Angesichts des Wandels der Programmangebote in Hörfunk und Fernsehen erscheint eine solche Perspektive auf den ersten Blick beinahe als weltfremd. Dabei wurde der Rundfunk nach seiner demokratisch-föderalistischen Neuetablierung ganz selbstverständlich als Teil der Kultur verstanden. Bis heute gehört Medienpolitik als Teilbereich der Kulturpolitik in die Hoheit der Länder. Und das Bundesverfassungsgericht hat ausdrücklich die „kulturelle Verantwortung“ des Rundfunks betont - neben seiner Rolle für die politische Meinungs- und Willensbildung, neben Information und Unterhaltung. Besonders seit Einführung des dualen Rundfunksystems haben es kulturelle Programme im weiteren Sinne schwer, im Wettkampf um Einschaltquoten und öf-

fentliche Aufmerksamkeit zu bestehen. Wie steht es heute um solche Programmangebote und Programmprofile im Fernsehen? Wir wollen den 50. Jahrestag des Inkrafttretens des Bayerischen Rundfunkgesetzes zum Anlaß nehmen, bestimmte Programmsparten, die es fast nur noch im öffentlich-rechtlichen Fernsehprogramm gibt, unter die Lupe zu nehmen. Im kritischen Dialog zwischen Programmverantwortlichen, Wissenschaftlern und Publikum wollen wir Leistungen und Versäumnisse aufspüren, um so den Stellenwert des öffentlichen Rundfunks für das Funktionieren einer demokratischen politischen Kultur zu verdeutlichen. Wir laden Journalisten, Wissenschaftler, Lehrer, Medienpädagogen und interessiertes Publikum herzlich ein, diesen Dialog miteinander zu führen.

- | | | |
|-----------------------------------|--|---|
| Nr. 83
21. - 25. 9. | Medienrecht und Gerichtsberichterstattung
Für Volontäre von Tageszeitungen. In Zusammenarbeit mit dem Institut für
Journalistenausbildung an der Universität Passau
Leitung: Schröder | Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46 |
| Nr. 85
23. - 25. 9. | Soziale Medienordnung in Europa
Leitung: Diemer/Schröder | Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53 |
| Nr. 89*
28. 9. - 1. 10. | Agenda 21 - Herausforderung der Politik
Tagung mit dem Verband des Landwirtschaftlich-Technischen
Dienstes in Bayern e.V.
Leitung: Diemer | Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50 |
| Nr. 91*
30. 9. - 2. 10. | Die englische Gegenwartsliteratur - ein Spiegel gesellschaftlicher Entwicklungen?
Lehrkräfte für Englisch an Gymnasien und Fachschulen
In Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München
Leitung: Grosch/Prebeck | Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50 |

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Oktober

- | | |
|---------------------------------|--|
| Nr. 93
1. - 3. 10. | Die Mittelmeerpolitik der Europäischen Union
Kooperationspartner: Arbeitskreis Europäische Integration (AEI)
Leitung: Piazzolo
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46 |
| Nr. 95
5. - 9. 10. | Die literarische und künstlerische Avantgarde in Südosteuropa und ihre politische und gesellschaftliche Bedeutung
38. Internationale Hochschulwoche gemeinsam mit der Südosteuropa-Gesellschaft
Leitung: Willenborg
Sekretariat: Sittkus/Jonas Tel. 08158/256-49 |
| Nr. 97*
12. - 16. 10. | Soziales Lernen in Grund- und Hauptschule
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Hampe/Wege
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50 |
| Nr. 99*
12. - 16. 10. | Germany Today
Politische Landeskunde für Lehrer an Schulen der US-Streitkräfte
In Zusammenarbeit mit der Atlantik-Brücke e.V., Hamburg
Leitung: Grosch
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46 |
| Nr. 101
16/17. 10. | Macht der Verbände – Ohnmacht der Verbände
Organisierte Interessenvertretung heute
Leitung: Kranenpohl/Sebaldt
Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53 |
| Nr. 103
19. - 23. 10. | Der Bürger und sein Geld
Kommunale Haushaltspolitik für Journalisten. In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung an der Universität Passau
Leitung: Schröder
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46 |
| Nr. 104
20. - 22. 10. | Politische Bildung in Verbänden
Leitung: Diemer
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46 |

Gerechtigkeit - Leitbild der Politik?

Nr. 105, 23. - 25. Oktober 1998
Tagungsgebühr: DM 100,--
(ermäßigt DM 50,--)

Leitung: Gebhard Diemer

Sekretariat:
Renate Heinz Tel. 08158/256-50

In Zeiten weitreichender Umstellungen, Reformen und Entwicklungen mit hohen Anforderungen politischer und wirtschaftlicher Art an den Bürger sollte die Gerechtigkeit auch in der politischen Bildung diskutiert werden. Ohne dieses Prinzip fehlt dem politischen Handeln die moralische Legitimation, dem Bürger aber das Kriterium zur Bewertung und Einschätzung der Politik und damit

das Fundament zur politischen Orientierung. Die Gefahr besteht, daß nur vordergründige Argumente oder Ideologien diesen Mangel an fundierter Kritik beherrschen. Wir wollen auf dieser Tagung mit Soziologen, Politologen, Juristen und Politikern den Begriff der Gerechtigkeit und ihren Wert im politischen Handeln beleuchten.

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Nr. 107* **Verbrechen im Parteauftrag**
26. - 28. 10. Akten und Archive der kommunistischen Vergangenheit in Ostmitteleuropa
In Zusammenarbeit mit dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
Leitung: Maruhn Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Wie demokratisch verfaßt ist die Europäische Union?

Nr. 109, 29. - 31. Oktober 1998 **Leitung: Dr. Michael Piazzo** Sekretariat:
Tagungsgebühr: DM 90,- Renate Heinz Tel. 08158/256-50

In Kooperation mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

Auf der Tagung wollen wir uns der Frage widmen, wie weit die Europäische Union auch eine Politische Union geworden ist, ob sie sich auf dem Weg zu einem Staat befindet. Dabei sollen die wichtigsten Organe einzeln, aber auch im Zusammenspiel untereinander auf etwaige Demokratie-defizite untersucht werden. Geprüft werden soll auch, ob Vorstellungen des Maastrichter Vertrages, wie das Europa der Bürger oder das Subsidiaritätsprinzip, ordnungsgemäß umgesetzt wurden und den Charakter der Europäischen Union verändert haben.

Es ist geplant, sich im einzelnen mit folgenden Themenkomplexen auseinanderzusetzen:

- Leitbilder der Europäischen Union im Laufe der Zeit
- Integrationsoffenheit des Modells eines Staatenverbundes
- Der Ministerrat als Motor europäischer Integrationsbestrebungen
- Der Europäische Gerichtshof als Machtfaktor
- Die EU-Kommission zwischen Regulierungswut und Subsidiaritätsprinzip
- Macht und Ohnmacht von Abgeordneten
- Legitimations- und Transparenzprobleme der EU

November

Nr. 113 **Widerstand im Dritten Reich**
3. - 5. 11. Zielgruppe Schüler
Leitung: Diemer/Piazzo Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53

Nr. 115 **Die kriminelle Dimension des Kommunismus**
6. - 8. 11. **Zur Debatte um das „Schwarzbuch“**
In Zusammenarbeit mit dem Projekt GEGEN VERGESSEN FÜR DEMOKRATIE
und dem Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden
Leitung: Maruhn Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Nr. 117* **Deutschland in der internationalen Politik**
9. - 13. 11. Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Weber Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Nr. 118 **Sprache und Macht - Macht der Sprache - Sprache der Macht**
9. - 13. 11. Journalistenweiterbildung. In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalisten-
ausbildung an der Universität Passau
Leitung: Schröder Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Geht ein Gespenst um in Europa?

Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus - eine Daueraufgabe der demokratischen Gesellschaft

Nr. 111, 2. - 4. November 1998
Tagungsgebühr: DM 90,--
(ermäßigt DM 45,--)

Leitung: Jürgen Maruhn

Sekretariat:
Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Die Wahl zum Landtag von Sachsen-Anhalt im April 1998, bei der die rechtsextreme DVU auf Anhieb rund 13 Prozent der Stimmen erhielt, hat weltweites Aufsehen erregt. Der demokratischen Landtagsmehrheit steht nun insgesamt ein reichliches Drittel von Parlamentsmitgliedern gegenüber, deren Parteien nicht in der demokratischen Tradition des Parlamentarismus zu Hause sind. Ohne Dramatisierung, aber auch ohne Herunterreden soll dieser Vorgang zurückverfolgt, andere rechtsextremistisch motivierte Vorgänge der letzten Jahre in ganz Deutschland einbezogen, gesellschaftliche Gründe analysiert und Gegenstrategien auf der Grundlage des antitotalitären Konsens erörtert werden.

Das Thema ist aktuell, aber nicht neu: Vor gut drei Jahrzehnten wurde die damals noch junge Demokratie in West-Deutschland durch den Einzug der NPD mit Stimmanteilen zwischen 6 und 10 Prozent in die Mehrzahl der Landtage provoziert; bei der Bundestagswahl 1969 scheiterte diese heute wieder aktive Partei mit 4,3 % nur knapp. Seit dieser Zeit ist der Gesellschaft in Deutschland bewußt, was der damalige Verteidigungsminister Helmut Schmidt so formulierte: „Der im Hinblick auf das Abschneiden des politischen Extremismus glimpfliche Ausgang der Bundestagswahl 1969 darf nicht dazu verleiten, die Hände in den Schoß zu legen und geduldig abzuwarten, ob sich diese Entwicklung in Zukunft wiederholt“.

Nr. 119

Menschen nach Maß?

13. - 15. 11.

Chancen und Risiken der Humangenetik

Leitung: Diemer/Kranenpohl

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Nr. 121

Alterssicherung international - von den Nachbarn lernen?

16.-18. 11.

Leitung: Grosch/Willenborg

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08148/256-50

Nr. 123*

Europa vor der Währungsunion - neue Aufgaben für die Verbraucherberatung

19. / 20. 11.

Leitung: Willenborg

Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53

Nr. 125*

50 Jahre Israel

20. - 22.11.

Kooperationstagung mit der Deutschen Vereinigung für politische Bildung,
Landesverband Bayern/Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit/
Europäische Akademie Bayern

Leitung: Hampe

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08148/256-50

Nr. 127

Die (un)heimlichen Miterzieher - Kinder und Computer

23. - 25. 11.

Medienpädagogische Fortbildung für Erzieherinnen und Erzieher

Leitung: Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Nr. 129

Zwischen Routine und Resignation?

23. - 25. 11.

Forum zur politischen Erwachsenenbildung

Leitung: Oberreuter/Grosch/Kranenpohl

Sekretariat: Tel. 08158/256-47

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Hat der Föderalismus Zukunft? Herausforderungen und Perspektiven

Nr. 131, 26. - 28. 11. 1998
Tagungsgebühr: DM 90,--
(ermäßigt DM 45,--)

Leitung: Dr. Michael Piazolo
Dr. Jürgen Weber

Sekretariat:
Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Bereits bei den Verfassungsberatungen zum Grundgesetz 1948/49 bildete die Frage der Ausgestaltung des föderalistischen Systems einen der Hauptstreitpunkte. Die damalige Debatte aufnehmend soll sich die Tagung mit aktuellen Problemen des bundesdeutschen Föderalismus beschäftigen und die gegenwärtig diskutierten Reformüberlegungen aufgreifen. Schwerpunktmäßig wird sich die Tagung mit der Frage der Eigenständigkeit der Län-

der angesichts des europäischen Einigungsprozesses, des Pro und Contra einer Neubestimmung des Länderfinanzausgleichs, sowie einer möglichen Neujustierung des Verhältnisses zwischen dem Bund und den Ländern befassen. Darüber hinaus soll am Beispiel der USA überprüft werden, ob die amerikanischen Erfahrungen mit dem Bundesstaat mögliche Reformen in Deutschland befruchten können.

Nr. 133
30. 11. - 2. 12.

Parteienstaat und Mediendemokratie im Wandel?
Deutschland nach der Wahl - Parteien - Parlamente - Medien

Leitung: Oberreuter/Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Nr. 134
30. 11. - 2. 12.

Wirtschaftspolitische Aufbruch - wohin?
Reformbedarf und Handlungsalternativen in Arbeitsmarkt und Finanzpolitik
Kooperationstagung mit der Evangelischen Akademie Tutzing
(findet statt in der Evangelischen Akademie Tutzing)

Leitung: Hampe/Held

Sekretariat: Sittkus/Jonas Tel. 08158/256-49

Dezember

Nr. 135
4. - 6. 12.

Menschenrechte - hehrer Anspruch, harte Wirklichkeit
50 Jahre UN - Menschenrechtserklärung

Leitung: Oberreuter/Denzer

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Nr. 137
7. - 9. 12.

Wandel im Reich der Mitte? China heute
Leitung: Oberreuter

Sekretariat: Tel. 08158/256-47

Nr. 139
10. - 12. 12.

Nachhaltige Landwirtschaft
Leitung: Hampe

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Nr. 141*
14. - 16. 12.

Medien in der Sozialkunde
Leitung: Willenborg

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Nr. 143*
14. - 17. 12.

Aktuelle Fragen zu Politik und Gesellschaft
Für Mitglieder des Bayerischen Bauernverbandes
Leitung: Diemer/Weber

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Nr. 145*
16. - 18. 12.

Medien in der Sozialkunde
Leitung: Willenborg

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

EINLADUNG ZUR MITGLIEDSCHAFT

1988 haben einige der Akademie nahestehende Persönlichkeiten den Förderkreis der Akademie für Politische Bildung gegründet mit dem Ziel, die Bildungsarbeit der Akademie bei den Projekten finanziell zu unterstützen, die nicht durch staatliche Haushaltsmittel realisiert werden können. 1. Vorsitzender des Vereins ist seit Juli 1995 Oberstleutnant a. D. Gernot Abendt aus Tutzing. Der Anfang wurde 1989 mit der Ausschreibung eines Schülerwettbewerbs zum Thema "40 Jahre Bundesrepublik Deutschland" gemacht; es folgte finanzielle Hilfestellung bei der Gewinnung bedeutender Referenten für die Tagung "Demokratie und Nation - ein deutsches Dilemma" sowie Unterstützung der Expertentagung "Reaktorsicherheit und Energiepolitik in Osteuropa" durch projektbezogene Spenden. 1995 wurde ein Publikationsprojekt durch den Förderkreis finanziert, 1997 ein VW-Bus.

Wir möchten Sie herzlich zur Mitgliedschaft im Förderkreis einladen, um so den Kontakt zu vertiefen, der durch den Bezug der Mitteilungen oder Teilnahme an Tagungen bereits besteht. Der Förderkreis ist als gemeinnütziger Verein anerkannt und somit berechtigt, Spendenquittungen auszustellen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt DM 50,- im Jahr; die Vereinssatzung wird Ihnen auf Anforderung gerne zugesandt. Über neue Mitglieder würden wir uns sehr freuen.

Geschäftsstelle: 82327 Tutzing, Buchensee 1, Tel. 08158/256-0 / Fax: 08158/256-51

Bankverbindung: Kreissparkasse Starnberg, Zweigstelle Tutzing, BLZ 700 540 80

Konto-Nr. 430 592 477

An den
Förderkreis der
Akademie für Politische Bildung e. V.

82323 Tutzing

BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit erkläre ich meine Mitgliedschaft im Förderkreis der Akademie für Politische Bildung.

☐ Den Mitgliedsbeitrag überweise ich.

☐ Ich bitte um Übersendung einer Einzugsermächtigung.

Name, Vorname:

Titel, Beruf:

Anschrift, Telefon:

Datum, Unterschrift:

Namen und Nachrichten aus der Akademie

DIREKTOR:

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter leitete beim Bildungskongreß des Bayerischen Kultusministeriums das Forum „Erziehung zu individueller und staatsbürgerlicher Verantwortung“ in München. Er referierte über „Gefährdungen der Demokratie“ auf dem Kongreß „Demokratie und Diktatur in Deutschland“ in Bogensee bei Berlin, der von der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Institut für Zeitgeschichte, der Gauck-Behörde und dem Forschungsverbund SED-Staat organisiert wurde. Er berichtete beim DGB Bayern über die Ergebnisse der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen und moderierte die Podiumsdiskussion „Der Abgeordnete im Visier der Verbände?“ im Rahmen der Verleihung des Wissenschaftspreises des Deutschen Bundestages. Außerdem hielt er Vorträge in Stuttgart, Passau, Fischbachau und München.

JUBILÄEN:

Frau **Edith Moll** ist am 1. Juli 1998 seit 10 Jahren in der Akademie für Politische Bildung tätig.

KOLLEGIUM:

Dr. Peter Hampe ist auf der Jahresversammlung des Münchner Ifo-Instituts in das Kuratorium gewählt worden. Das Ifo-Institut zählt zu den sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstituten in Deutschland und ist insbesondere durch seine Unternehmensbefragungen, Konjunkturtests und Wirtschaftsprognosen bekannt.

Er hielt Vorträge zum Themenfeld „Globalisierung der Märkte“ bei der Evangelischen Akademie Loccum sowie beim Landesinstitut für Pädagogik in Saarbrücken. Über Aspekte der „Europäischen Währungsunion“ sprach er beim Förderungswerk der Hanns-Seidel-Stiftung und bei einer staatlichen Fachoberschule in München sowie bei einer Veranstaltung der Gewerkschaft der Eisenbahner in Garmisch-Partenkirchen.

Dr. Jürgen Weber hielt Vorträge im Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft in Augsburg und auf einem zeit-historischen Symposium der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit in München.

Dr. Michael Piazzolo hielt Vorträge in Teisendorf: „Ist die EU auch eine Wertegemeinschaft?“, München: „Agenda 2000 oder die Zukunft der EU“,

Lamego (Portugal): „Vom Europa der Vaterländer zum Europa der Bürger - Zur Entdeckung des Menschen in der EU“,

Montpellier: „Die Strukturprinzipien Föderalismus und Subsidiarität“ und Mircura Ciuc (Rumänien): „Die Europäische Union vor der Osterweiterung“.

Im Wintersemester 1998/99 bietet er im Rahmen eines Lehrauftrags an der Hochschule für Politik einen Grundkurs zum Thema Europäische Union an.

Dr. Michael Schröder sprach im Goethe-Institut München vor ausländischen Deutschlehrern über die innenpolitische Lage in Deutschland vor den Wahlen und moderierte das Forum „Medienkompetenz“ innerhalb der Veranstaltung „Zukunft der Erwachsenenbildung - Lebenslanglich lernen?“ der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag.

Fotoausstellung: Menschen im politischen Raum



Unser Foto zeigt von links: Rolf Poss, Akademiedirektor Oberreuter und Landtagspräsident Böhm bei der Eröffnung.

Foto: Diaconu

Abgeordnete, Minister, Journalisten, Garderobieren und Pförtner. Menschen im politischen Raum - einmal ganz anders gesehen. Die Perspektive jenseits des politischen Alltags im Maximilianeum, dem Sitz des Bayerischen Landtags. Das ist der Blickwinkel des Münchner Landtagsfotografen Rolf Poss, dessen Ausstellung im Foyer der Tutzingen Akademie zu sehen ist. Der Reiz der ausgestellten Fotos liegt in den Beobachtungen am Rande des politischen Tagesgeschäfts. Oft sind es die nur hingetupften, scheinbar belanglosen optischen Randnotizen aus dem Hohen Hause, die zum Schmunzeln verführen. Die Ausstellung ist noch bis zum 14. August und vom 7. bis zum 16. September während der Öffnungszeiten der Akademie von 8.00 bis 17.00 Uhr zu besichtigen.

Zeitungs-Echo + Medienstimmen + Pressesplitter

Akademie-Arbeit und Veranstaltungen im Spiegel der Medien

Was würde Ludwig Erhard heute tun?

Unter diesem Titel berichtete die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 19. 5. 98 über die Tagung „50 JAHRE SOZIALE MARK(T)-WIRTSCHAFT“ in der Akademie:

Was würde Ludwig Erhard heute tun? „Er wüßte es nicht.“ Mit dieser ernüchternden Antwort provozierte Volker Hentschel seine Zuhörer. Damit meinte er freilich nicht, daß die derzeitige Lage so kompliziert sei, daß nicht einmal der „Vater des Wirtschaftswunders“ einen Ausweg finden könnte. Der Mainzer Wirtschaftshistoriker setzte vielmehr alles daran, den „Mythos Erhard“ zu zerstören – und entsprach damit auf seine Weise dem Wunsch der Veranstalter, die Konferenz solle nicht der Denkmalpflege dienen.

Hentschel wies darauf hin, daß nicht Erhard den Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ erfunden habe, sondern Alfred Müller-Armack, der darin eine „irenische“, friedensstiftende Formel für die Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft gesehen habe. Erhard habe die politisch werbende Wirkung dieses Begriffs erkannt, habe ihn jedoch „verhunzt“, indem er seinen Gehalt auf die Wettbewerbswirtschaft reduziert, das Attribut „sozial“ hingegen nur als schmückende Dreingabe behandelt habe. Im übrigen sei Erhard kein „in der Wolle gefärbter Liberaler“ gewesen, sondern als Schüler von Franz Oppenheimer im Geist eines „merkwürdigen Marxismus“ groß geworden. Er habe den „antikapitalistischen Soupçon“ sein ganzes Leben mit sich herumgetragen.

Daß Erhard ein Eklektiker war, gestand Otto Schlecht, Mitglied der „Brigade Erhard“ im Wirtschaftsministerium und heute Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung, unumwunden zu. Daraus ließen sich indes weder Wankelmüt noch Opportunismus ableiten. Heftig kritisierte Schlecht Hentschels Methode, sich in der historischen Analyse ganz auf das reine Aktenstudium zu verlassen, statt auch

Zeitzeugen zu befragen. So wies er Hentschels Kritik zurück, Erhard habe die Rentenreform (die Einführung der dynamischen, umlagefinanzierten Rente) abgelehnt. „Hätte er nur!“ pflichtete ihm Heinz Grosseckler von der Universität Münster bei. Daß Erhard dem ordnungspolitisch bedenklichen Umlageverfahren zugestimmt habe, erklärte Schlecht, damals sozialpolitischer Referent, mit dessen politischem Realismus. Angesichts der politischen Mehrheiten und unter der Voraussetzung, daß die dynamische Rente nur ein Teil der Altersvorsorge nach dem Drei-Säulen-Prinzip sein werde, habe Erhard seinen Frieden mit der Rentenreform machen müssen.



Otto Schlecht

Hentschels Behauptung, Vater des Wirtschaftswunders sei Erhard schon deshalb nicht gewesen, weil es ein solches Wunder gar nicht gegeben habe, rückte Peter Hampe von der Akademie für Politische Bildung zurecht. Hentschel hatte das Wachstum des Bruttosozialprodukts je Einwohner in Deutschland und in Frankreich in einer Graphik als so synchron dargestellt, daß eine besondere wirtschaftliche Leistung in Deutschland nicht zu erkennen war. Für ihn schrumpfte das

Wirtschaftswunder zu einem normalen Aufholprozeß nach dem Krieg zusammen. Hampe verwies jedoch darauf, daß ein Vergleich von Je-Kopf-Daten unzulässig sei, weil er durch den großen Flüchtlingsstrom in Deutschland aus dem Osten systematisch zu ungünstig ausfalle...

Carl Christian von Weizsäcker (Universität Köln) machte in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß die hohen Lohnkosten in Deutschland letztlich nie von den Unternehmen, sondern infolge von Abwanderung und Überwälzung immer von den Arbeitnehmern selbst getragen werden müßten – in Form eines höheren Beschäftigungsrisikos. Auch Weizsäcker mahnte institutionelle Reformen an, um der Aushöhlung der Sozialen Marktwirtschaft gegenzusteuern. „In vielen Bereichen schaffen wir derzeit die Marktwirtschaft ab“, klagte er. Vor allem müßten die Sozialbudgets gedrosselt werden. In der Krankenversicherung müsse die Eigenbeteiligung erhöht, in der Rentenversicherung der Anteil der Kapitalabdeckung gesteigert und mit der Arbeitslosenversicherung dürfe nur noch krasse Not verhindert werden.

Ein dritter Weg

Ebenfalls über diese Tagung berichtete Nikolaus Piper in der SÜD-DEUTSCHEN ZEITUNG:

... Einen bemerkenswerten dritten Weg propagiert Otto Schlecht, der Vorsitzende der Ludwig-Erhard-Stiftung und langjährige Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium. Während einer Expertenkonferenz der Akademie für Politische Bildung in Tutzing propagierte er die Rückbesinnung auf die altmodischen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, so wie sie Walter Eucken, Wilhelm Röpcke, Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard vertraten. Die Globalisierung, so sagte Schlecht, sei nicht die Ursa-

Zeitungs-Echo + Medienstimmen + Pressesplitter

Akademie-Arbeit und Veranstaltungen im Spiegel der Medien

che für die derzeitigen Schwierigkeiten, sie mache ohnehin bestehende Probleme nur besonders deutlich. Insofern sei die Globalisierung auch eine Chance für die Soziale Marktwirtschaft.

Schlecht scheut sich nicht, auch heute noch diese Wirtschaftskonzeption als „dritten Weg“ zwischen Laissez-faire-Kapitalismus und Wohlfahrtsstaat zu bezeichnen. Sozial ist die Marktwirtschaft nach diesen Vorstellungen aus sich heraus, vorausgesetzt der Staat sorgt für stabiles Geld und offene Märkte. Sie braucht dann allerdings noch ein begrenztes Maß an Umverteilung.

Nun wird das deutsche Konzept des stabilen Geldes in Gestalt des Euro nach Europa exportiert, die Märkte werden dank Binnenmarkt und der Währungsunion ohnehin offener. „Die Souveränität des Staates schwindet. Und das ist gut so,“ sagte Schlecht in Tutzing. Wenn die öffentliche Hand weniger für sich in Anspruch nimmt, dann kehrt die Soziale Marktwirtschaft quasi zu ihren Ursprüngen zurück. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen für eine maßvolle Reform: Reduzierung der Sozialausgaben, Steuerreform mit echter Nettoentlastung, mehr Eigenleistung in der Altersvorsorge, aber kein Systemwechsel in der Sozialversicherung; flexiblere Tarifverträge, aber keine Abkehr vom System der kollektiven Lohnfindung, Reform des Finanzföderalismus. Notwendig sind außerdem Ansätze zu einer internationalen Wettbewerbspolitik.

Wer die Marktwirtschaft wirklich reformieren will, muß auch heute in Rechnung stellen, daß sie einen staatlichen Rahmen braucht.

„War die soziale Marktwirtschaft ein deutsches Wunder?“

Unter diesem Titel berichtet der Armin Zimny im SÜDKURIER über dieselbe Tagung:

Die zeitgleiche Einführung der D-Mark und der sozialen Marktwirtschaft führte in Deutschland zu einem Aufschwung der von vielen Menschen noch heute als Wirtschaftswunder bezeichnet wird. Was zeichnet die soziale Marktwirtschaft aus? Was haben Ludwig Erhard sowie andere Politiker und Ökonomen für den Aufstieg Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg geleistet? Wie muß die soziale Marktwirtschaft für die kommenden Jahre gestaltet werden? Diese Fragen standen im Mittelpunkt einer Expertenkonferenz in der Akademie für politische Bildung in Tutzing.

Kräftig am Mythos Ludwig Erhard kratzte der Mainzer Wirtschaftshistoriker Volker Hentschel mit der These: „Die soziale Marktwirtschaft hat den Ruhm Erhards begründet und nicht umgekehrt.“ Hentschel stellte Erhards Leistungen in Frage: „Erhard war nicht der Vater des Gedankens der sozialen Marktwirtschaft.“ Diesen Begriff habe Alfred Müller-Armack erfunden. Erhard habe diesen Begriff adaptiert und wegen seiner Werbewirkung verwendet. Überhaupt habe Erhard das ordoliberalen Gedankengut, das der sozialen Marktwirtschaft zugrunde liege erst durch die Begegnung (ab Herbst 1947) mit deren Vertreter kennengelernt. Erhard sei von deren Ideen fasziniert gewesen und habe sie in sein Gedankengut aufgenommen. Trotzdem sei er ein Leben lang von den Lehren Franz Oppenheimers und einem antikapitalistischen Argwohn geprägt gewesen.

Auch der Mannheimer Wirtschaftshistoriker Christian Buchheim rückte einige Mythen der sozialen Marktwirtschaft in ein etwas anderes Licht. Die Deutschen hätten zwar die Theorie für die Wirtschaftsordnung geliefert, für die materielle Durchsetzung teilweise

sogar gegen den Widerstand der Deutschen hätten aber die Besatzungsmächte - vor allem die Amerikaner - gesorgt. Die Liberalisierung der deutschen Wirtschaft sei von den USA mit Hilfe des Marshall-Planes durchgedrückt worden. Gleiches gelte für das Gesetz für die Bank deutscher Länder - der Vorläufer der Deutschen Bundesbank. „Indizien sprechen dafür, daß wenn die Deutschen zu entscheiden gehabt hätten, wäre die Notenbank politisch abhängig geworden“, sagte Buchheim. Aus vielen Akten und Dokumenten gehe hervor, daß unter anderen der frühere Bundeskanzler Konrad Adenauer und Finanzminister Fritz Schäffer Gegner einer unabhängigen Notenbank gewesen seien.

Kritisch setzte sich der als Euro-Gegner bekanntgewordene Frankfurter Wirtschaftsprofessor Wilhelm Hankel mit der Politik der deutschen Notenbank auseinander. Nicht immer sei deren hochgeschätzte Geldpolitik im Rahmen der Weltwirtschaft auch die richtige gewesen. Hankel gibt der Deutschen Bundesbank die Mitschuld sowohl am Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems als auch an den Schwierigkeiten des Europäischen Währungssystems, das zum Ausstieg Italiens und Großbritanniens führte. Jedesmal habe die Bundesbank eine Hochzinspolitik betrieben. Gerade diese Politik habe auch zu Problemen im deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß geführt, sagte Hankel. Hätte die Bundesbank dem Aufwertungsdruck der D-Mark nachgegeben, hätte dies zu einer Binnenorientierung des Wachstumsprozesses geführt, was nach Hankels Ansicht vorteilhaft für die gesamtdeutsche Wirtschaft gewesen wäre. Mit ihren hohen Zinsen habe die Bundesbank zu stark auf Exportorientierung gesetzt.

Zeitungs-Echo + Medienstimmen + Pressesplitter

Akademie-Arbeit und Veranstaltungen im Spiegel der Medien

Starker Staat Garant für Wohlstand für alle?

Die LANDSHUTER ZEITUNG berichtet über die Tutzing Tagung „50 JAHRE SOZIALE MARK(T)-WIRTSCHAFT“ im Mai dieses Jahres:

In Tutzing hat sich im Mai des Jahres 1998 - 50 Jahre nach der großen Währungsreform im Jahre 1948 - eine Expertengruppe hochkarätiger Wissenschaftler, Praktiker und Zeitzeugen zusammengefunden. Die renommierte bayerische Akademie für Politische Bildung hatte dazu eingeladen, einen konstruktiven Rückblick in 50 Jahre soziale Marktwirtschaft zu wagen, das weltweit geachtete Modell eines „Dritten Weges zwischen Kapitalismus und Sozialismus“ einer Zeitbilanz zu unterziehen, was aus dem „Wirtschaftswunderland“ von gestern im Übergang zum „Euroland von Morgen“ geworden ist.

Es gelang ein Meisterstück der Verbindung von Zeitgeschichte, hochbrisanter Aktualität von Währungsproblemen und von notwendigen Reformen von morgen. Bei allen kontroversen und heftigen Diskussionen war man sich einig: Für die soziale Marktwirtschaft ist trotz Unkenrufe keine Alternative am Himmel der Zukunft zu erblicken. Der Siegeszug des Modells der sozialen Marktwirtschaft hat nun auch postkommunistische Staaten erfaßt, die nun schon selbst ihre eigenen kritischen Erfahrungen machen müssen. China, zum Beispiel, schaut mehr als über die Mauer nach dem „Markt“.

Unter der Regie der beiden Wissenschaftler der Akademie - Dozenten Dr. Peter Hampe und Dr. Jürgen Weber - wurden nicht nur die zentralen Knoten- und Druckpunkte gefunden, sondern auch geballte Erfahrung, kompetente Wissenschaft, Sachverstand, Leidenschaft und Engagement - kritisch und konstruktiv - geboten.



Wissenschaft und Publizistik im deutsch-französischen Dialog: v.l. Klaus Harpprecht, Sophie Lorrain, Heinrich Oberreuter, Alfred Grosser, Horst Möller

Stolperschwellen der Normalität

Alexander Hosch berichtet in der PASSAUER NEUEN PRESSE über den 1. Passauer Tetralog der Akademie innerhalb der Europäischen Wochen:

... Die Idee des „Passauer Tetralogs“ hat am Sonntag einen vielversprechenden Anfang genommen. Vor allem der brillante Rhetoriker Grosser verklammerte immer wieder deutsch-französische mit den großen europäischen Themen und bannte mehrmals die Gefahr, daß sich das Gespräch in private Forschungsgebiete verlagert, indem er einfach eines seiner gescheiterten Bonmots dazwischenstreute. CDU, SPD, Grüne und Liberale könnten sich in Deutschland eigentlich zu einer Koalition für Europa zusammenfinden, sagte er einmal - gegen die europafeindlichen Parteien CSU und PDS. Das Resümee des 73jährigen Deutschlandkenners: Der deutsch-deutsche Dialog macht heute mehr Probleme und ist schwieriger zu führen als der deutsch-französische. Aufzupassen ist künftig vielleicht darauf, daß die Kultur im Gespräch nicht zu weit ins Abseits gerät. Hier können die Deutschen von Frankreich lernen: Kultur ist dort ein wesentlicher Teil der Politik, so wie die Politik ein wesentlicher Aspekt der Kultur ist. Die Philosophen stellen im Nachbarland ihren Intellekt ins

Schaufenster, die Staatspräsidenten geben Lyrikanthologien heraus (wie Georges Pompidou) oder machen aus ihren Polit-Erinnerungen Belletristik-Bestseller (Giscard d'Estaing). Zwar führen die tagesaktuellen Rauchschwaden aus der Denkerstirn nicht immer weiter, aber die verschiedenen Gesellschaftsbereiche, in denen bei uns die Gelehrten eine pedantisch begrenzte Fachakrobatik vollführen, sind in Frankreich einfach näher beieinander. Man kennt sich immerhin, und man redet miteinander.

Diese interdisziplinäre Verständigung kann auch das neue Gesprächsforum der EW leisten: Mit brillanten Köpfen, originellen Meinungen und bunten, querdenkerischen Runden. Wenn dann noch die schwierige Gratwanderung zwischen Wissenschaftstagung und Talkshow gelingt, ist das EW-„Vierergespräch“ (Tetralog) ein Gewinn - egal wieviele Leute am Tisch sitzen. Diesmal waren es mit dem meinungsfreudigen Moderator Oberreuter jedenfalls eindeutig fünf, was den einen oder anderen Zuschauer über die phantasievolle Arithmetik in akademischen Kreisen nachsinnen ließ.

Zeitungs-Echo + Medienstimmen + Pressesplitter

Akademie-Arbeit und Veranstaltungen im Spiegel der Medien

Bürger begehren meist gegen Verkehr auf

Unter diesem Titel berichtet **Gabriele Rettner-Halder** im „**NORDBAYERISCHEN KURIER**“ über die Diskussion im Münchner Presseclub anlässlich der Buchpräsentation von „Bürgerbegehren und Bürgerentscheid“, einer Broschüre der Landeszentrale für politische Bildung und der Akademie für politische Bildung Tutzing:

... Eine Auswertung zeigt, daß bayernweit in zwei Jahren 439 Bürgerbegehren angestrengt wurden; davon erledigten sich 258 durch Bürgerentscheide oder einen Beschluß der gewählten Ratsgremien, 94 waren unzulässig, 23 wurden zurückgenommen und in 63 Fällen kam der Gemeinderat beziehungsweise der Kreistag dem Anliegen des Bürgerbegehrens von sich aus nach und der Entscheid entfiel. Nach einer Themenauflistung spielte der Verkehr (100 Begehren) am häufigsten eine Rolle. Es folgen Bauleitplanung, Müll- und Wasserversorgung. Daß in Bayern häufiger als in anderen Bundesländern von dieser direkten Mitwirkungsform Gebrauch gemacht wird, führen die zwei Autoren Karl Georg Haubelt und Peter Raithel von der Beamtenfachhochschule Hof auf die niedrigen Verfah-

renshürden und die relativ großzügige Auslegung der Themen zurück, die bürgerbegehrensberechtigt sind. Bürgeranliegen, die nach dem Begehren tatsächlich in einen Bürgerentscheid mündeten, waren Haubelt und Raithel zufolge gar nicht so sonderlich erfolgreich; gerade mal 43 Prozent setzten sich durch.

Unter Berufung auf das Verfassungsgerichtsurteil von vor zwei Jahren, das erhebliche Einschränkungen vorsieht, stellte Beckstein Korrekturen der gegenwärtigen Regelung in Aussicht. Skeptiker wie der Jurist Franz-Ludwig Knemeyer, der das kommunalwissenschaftliche Forschungszentrum der Universität Würzburg leitet, halten vor allem das fehlende Quorum für ein Manko. Ein Quorum von diskutierten 25 Prozent würde bedeuten, daß nicht die Zahl der abgegebenen Unterschrif-

ten, sondern der insgesamt Wahlberechtigten als Bezugsgröße herangezogen würde. Damit relativiert sich rechnerisch die Zahl der Befürworter und es müßten sehr viel mehr Bürger für ein Begehren votieren. Für Knemeyer hat mit dem Bürgerbegehren die „Minikratie“ in unseren Gemeinden Einzug gehalten. Der Professor fordert „Sicherungen gegen Störmanöver der Ratspolitik“.

Dem hielt der SPD-Rechtsexperte Klaus Hahnzog entgegen, daß der verfassungsrechtlich hohe Stellenwert der unmittelbaren Demokratie manchen offenbar ein Dorn im Auge sei. Die CSU habe Bürgerbegehren jahrelang als abwegig bekämpft und erachte sie nun als sinnvoll. Den für einen Moderator adäquaten Platz in der Mitte nahm bei einer Diskussion zu der Broschüre der Direktor der Politischen Akademie, Professor Heinrich Oberreuter, ein. Oberreuter sprach von einem „unsinnigen Gegensatz von repräsentativer Demokratie und plebiszitären Elementen“ und hält die Kritik in dem Verfassungsgerichtsurteil an der jetzigen Regelung für einen „stabilisierenden Balken“.

„Bürgerbegehren und Bürgerentscheid - wie geht es weiter?“ war ein Streitgespräch zwischen Dr. Klaus Hahnzog, dem Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD im Bayerischen Landtag, und dem Kommunal- und Verwaltungsrechtler Prof. Dr. Franz-Ludwig Knemeyer von der Universität Würzburg im Presse-Club München überschrieben. Die Kontrahenten machten dabei erneut deutlich, daß keine Einigkeit darüber besteht, welche Konsequenzen aus dem Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes zu ziehen sind.

Anlaß für das Gespräch war die Präsentation der Publikation „Bürgerbegehren und Bürgerentscheid“, die von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und der Akademie für Politische Bildung gemeinsam herausgegeben wurde und an dem

Buchpräsentation im Presseclub



Unser Bild zeigt sitzend von links: den stellvertretenden Leiter der Landeszentrale, Dr. Peter März, Prof. Dr. Franz-Ludwig Knemeyer, Akademiedirektor Prof. Dr. Heinrich Oberreuter und Dr. Klaus Hahnzog. Stehend: Dr. Rudolf Birkel vom Presse-Club München.

die Referenten mitwirkten. Das Buch basiert auf einer Akademietagung, die im Sommer 1997 zu diesem Thema stattfand, und dokumentiert den Stand

der politischen Diskussion und der Forschung zu dieser brisanten Frage (s.a. „Neuerscheinungen“, S. 22).

Zeitungs-Echo + Medienstimmen + Pressesplitter

Akademie-Arbeit und Veranstaltungen im Spiegel der Medien

„Nur ein paar Irre sind doch wirklich an Arbeit interessiert“

Roland Englisch berichtet in den NÜRNBERGER NACHRICHTEN über die Tagung „DIE REFORMVORSCHLÄGE DER BAYERISCH-SÄCHSISCHEN ZUKUNFTSKOMMISSION AUF DEM PRÜFSTAND“:

... Es zieht sich wie ein roter Faden durch Miegels Argumentation: Die Deutschen seien an Arbeit, „bis auf wenige Irre“, gar nicht so sehr interessiert, es gelte die „Glücksformel: mehr Wohlstand bei weniger Arbeit“; ihr Engagement lasse im Beruf ebenso zu wünschen übrig wie im ehrenamtlichen Bereich; die Arbeit selbst wandle sich, zunehmend seien Wissen und Kapital gefragt, immer weniger aber die Arbeitskraft. Fazit: Arbeit muß anders verteilt und billiger werden. „Zuvorderst müssen die sozialen Sicherungssysteme verändert werden“, sagt Miegel und verlangt, daß „mehr Menschen als bisher als Unternehmer ihrer Arbeitskraft und Daseinsvorsorge“ agieren sollten. Der Staat selbst könne da bestenfalls eine Grundversorgung garantieren.

Es sind radikale Brüche, die Miegel und Co. formuliert haben, Brüche, die zu einem neuen Staat führten. Der habe dann nach Ansicht des Laufer Wissenschaftlers Heinz Lampert mit dem Sozialstaat, wie ihn das Grundgesetz kennt, nicht mehr viel zu tun. Eine unnötige Korrektur, glaubt Lampert, und eine gefährliche dazu. Der Volkswirtschaftler bezweifelt den Ausgangspunkt der Miegelschen Betrachtungen: Schon die Diagnose der gegenwärtigen Situation weise teils erhebliche Mängel auf. Weder teilt er das negative Bild der Bevölkerung noch hält er die neue Reihenfolge für angebracht, die die Wirtschaft vor die soziale Sicherung und über alles andere stellt.

Der Sozialwissenschaftler Dieter Korczak geht einen Schritt weiter, bescheinigt Miegel „Sozialdarwinismus“ in Reinform und beklagt, er habe eine „derartige Form der Entsolidarisierung“ noch nicht erlebt. Miegel fühlt sich im Gegenzug mißverstanden, sein

Kollege Ulrich Blum, ebenfalls Mitglied der Kommission, tritt ihm bei. Das Problem der Kritiker sei, „daß die Soziologen den Begriff Solidarität verwenden und Barmherzigkeit meinen“. Und die will er nicht üben.

Am meisten schreckt seine Gegner wie weitgehend die Forderungen sind. Neben dem Rückzug auf Minimalstandards etwa formuliert die Kommissi-

on, daß die Gehälter in den unteren Gruppen sinken, die ganz oben aber noch steigen müßten: Das sei „der Preis der Maßnahmen“, sagt Stefanie Wahl, die ebenfalls in der Kommission gesessen hat. Die Zeit dränge, sagt Wahl, als sie der Wissenschaftler Lampert fragt, warum sie etwa in der Rentenversicherung nicht abwarten wolle, welche Wirkungen die jüngsten drei Reformen zeigen werden.

Über die Tagung „JUSTIZ UND MEDIEN“ berichtete die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG:

Sensationsgier statt Sorgfalt

Das Spannungsverhältnis zwischen Justiz und Medien beleuchtete einleitend ein Referat über „Court TV und Sensationsjournalismus“ des Politikwissenschaftlers Michael Schröder.

Journalisten und Richter legten „grundsätzlich verschiedene Denkungsweisen an den Tag“, stellte Schröder fest. Die immer wieder als „vierte Gewalt“ apostrophierte Presse sehe sich in jüngster Zeit gewissen Aufweichungen des Berufsethos ausgesetzt. Schuld daran: wachsender Konkurrenz- und Aktualitätsdruck sowie ein immer stärkerer Trend zur Personalisierung von Geschichten, zur „Boulevardisierung“ des Journalismus insgesamt. Dies alles hätte erhebliche Auswirkungen auf die Gerichtsberichterstattung.

Court TV nach amerikanischem Muster gebe es in Deutschland zwar noch nicht, aber es bestehe durchaus „die Gefahr eines Dammbruchs“, sagte Schröder: Fernsehsender wie SAT 1 würden schon jetzt den Appetit auf Live-Übertragungen aus dem Gerichtssaal wecken, indem sie Mitschnitte von US-Sendern als Konser-

ven für ihre Reportage-Magazine verwendeten.

Der Politikwissenschaftler führte neben einigen den Persönlichkeitsschutz von Betroffenen verletzenden Gerichtsreportagen aus den Tageszeitungen auch ein paar besonders erschreckende Beispiele für Fernsehberichterstattung an: Vervorurteilungen durch Angehörige der Verbrechenopfer vor laufender Kamera, parteiische Berichterstattung und einseitige Kommentierung während schwebender Verfahren – Sensationsgier statt Sorgfalt. Sogar Fälle einer Instrumentalisierung der Presse seien zu beobachten: Als vor kurzem einer jungen Frau wegen der Tötung ihres Neugeborenen in München der Prozeß gemacht wurde und eine Boulevardzeitung sich mit großer Bebilderung ihrer Geschichten auf die Seite der Angeklagten geschlagen hatte, soll der Chefredakteur (übrigens selbst Tagungsgast) dies laut Michael Schröder so gerechtfertigt haben: „Das hätten wir ja nie gemacht, wenn uns der Verteidiger nicht darum gebeten hätte.“

Zeitungsecho + Medienstimmen + Pressesplitter

Akademie-Arbeit und Veranstaltungen im Spiegel der Medien

„Knallfrösche gezündet“

Unter diesem Titel berichtet die **SÜDDEUTSCHE ZEITUNG** über den Besuch der Grünen-Sprecherin Gunda Röstel in der Akademie:

Selbstbewußt und wortgewandt tritt sie auf, die Bundessprecherin von Bündnis 90/Die Grünen. Auf Einladung der politischen Akademie in Tutzing diskutierte Gunda Röstel gestern mit Studenten und Dozenten über grüne Politik. Die Grünen, so Röstel, seien die einzige Partei, die im Wahljahr inhaltliche Akzente setze. Schwierig bleibe dagegen der Aufbau einer schlagkräftigen Parteiorganisation in den neuen Bundesländern.

Gut zwei Monate bis zur Bundestagswahl verbleiben den Grünen noch, um aus dem aktuellen Stimmungstief herauszukommen. Röstel forderte ihre Partei auf, sich auf die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner zu konzentrieren. Die Frage, warum sich die Grünen mit der Vermittlung ihrer Politik so schwer täten, beant-

wortete Röstel mit dem Hinweis auf strukturelle Probleme der Partei. Inzwischen werde aber verstärkt auf Öffentlichkeitsarbeit geachtet. Außerdem arbeiteten die Grünen neuerdings auch mit professionellen Agenturen zusammen.

Ein Debakel wie die Diskussion um die Benzinpreiserhöhung, die nur in einem größeren Zusammenhang zu verstehen sei, dürfe sich nicht mehr wiederholen. „Inhaltlich liegen wir mit der Ökosteuer durchaus richtig. Der Verbrauch von Ressourcen muß besteuert, die Arbeitskosten gesenkt werden“. Eine Ökosteuer werde sich langfristig als innovativ verweisen. Daher sei etwa auch der Protest der Automobilbranche relativ verhalten.

Warum die Grünen dann nicht selbstbewußt die Beschlüsse von Magde-



Gunda Röstel: „Inhaltlich liegen wir mit der Ökosteuer durchaus richtig“

burg verteidigten, wurde Röstel gefragt. Daß ihre Partei in der Öffentlichkeit mißverstanden werde, liege auch an den Medien, die sich auf umstrittene Forderungen einzelner Parteimitglieder stützten, konterte Röstel. Weitere Pannen im Wahlkampf werde es aber nicht geben: „Die Knallfrösche haben wir alle schon gezündet.“

Zipfelmütze oder Kopftuch als Symbol

Unter diesem Titel berichten die **FÜRTHER NACHRICHTEN** über das Tutzing Seminar „**NATIONALE IDENTITÄT UND EUROPA**“ für SchülerInnen der Klasse 10a des Helene-Lange-Gymnasiums:

„Was soll ich gegen das Kopftuch eines türkischen Mädchens haben?“ – „Das Kopftuch selbst ist es nicht, aber das, was es bedeutet, das kann Leute stören“. Worüber Raytchev und Christine aus der Klasse 10a des Helene-Lange-Gymnasiums diskutieren, das stand für die 16jährigen im größeren Zusammenhang im Mittelpunkt eines dreitägigen Seminars in der Akademie Tutzing: Nationale Identität und Europa.

Das Kopftuch islamischer Mädchen als Beispiel für die Begegnung verschiedener Kulturen in einer Gesellschaft und damit für die Frage nach Anpassung, Austausch und Identität.

„Eigentlich sollte jeder jeden akzeptieren“, forderte Christine für einen toleranten Umgang. Andererseits verstehen viele das Kopftuch als Symbol einer Frauenrolle, die der Forderung nach Gleichberechtigung entgegensteht. „Aber haben wir das Recht, nach unseren Maßstäben diese Tradition bei denen in Frage zu stellen, die danach leben, ohne daß wir deshalb Nachteile haben“, fragt Raytchev, der selbst einer Familie mit deutschen und bulgarischen Wurzeln entstammt.

Was denn andererseits ihre deutsche Identität ausmache, konnten die Schüler nicht benennen, obwohl ihnen die Klischees über die deutschen Eigen-

heiten natürlich geläufig sind. Spanischlehrer Markus Luff, der die Klasse nach Tutzing begleitet hatte, wies noch darauf hin, daß ja auch die deutsche Kultur und Lebensweise zahllosen Einflüssen aus anderen Ländern im Laufe der Geschichte ausgesetzt war und ist. Ein schwieriges Thema also, über das die jungen Leute da nachgedacht haben.

Akademie für Politische Bildung
Postfach 220, 82323 Tutzing
Postvertriebsstück
„Entgelt bezahlt“, B 42656



Schwarze Löcher...

tun sich nicht auf in Tutzing, aber tiefe Löcher findet der Akademiegast derzeit dort, wo sonst Autos abgestellt werden. Der Parkplatz vor dem Hauptgebäude ist einer Baugrube gewichen. Wegen feuchter Mauern am Haus müssen umfangreiche Erdarbeiten durchgeführt werden. Das Erdreich wird mit einer Drainageleitung trockengelegt. Der Akademiegarten wird davon nicht verschont werden. Nach den Bauarbeiten wird er dann im neuen Glanz erstrahlen. Auch an der "Sitzenden" im Park gehen die Aktivitäten der Kanalbauer offensichtlich nicht spurlos vorüber.



Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:

.....

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ.....Ort.....

Tel..... Fax.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für politische Bildung Tutzing